

ihnen verbotene Syndikatsbewegung der Staatsangestellten aller möglichen Sünden und Verbrechen zu zeihen. Dabei kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß die taktlose Ungefehrlichkeit des Unterstaatssekretär Simhan einfach das Maß des Jornes zum Ueberlaufen brachte, der in den zurückgesetzten und verärgerten Subalternbeamten seit langer Zeit garte und kochte.

Die Schamacherlei der reaktionären Presse ist um so läppischer, als die Bewegung sich bisher — von geringen und geringfügigen Ausnahmen abgesehen — in ruhigen Bahnen bewegt hat; bezüchtigt man dazu, daß die Arbeiterschaft ihren Leidensgenossen im Beamtenrod die größten Sympathien entgegenbringt und daß französisches Temperament zum Uebermaß neigt, so ist die Ruhe, mit der sich der Konflikt abgewickelt hat und seinen weiteren Verlauf nehmen zu wollen scheint, doppelt und dreifach bewundernswert.

Die Telegramme über die Situation in Paris sind zum größten Teil zuungunsten der Ausständigen demmaßen gefärbt, daß es sich nicht lohnt, sie zu beachten. Wir registrieren für heute noch die folgenden:

Paris, 15. März. Heute nachmittag scheint in den Bureaus des Haupttelegraphenamts die Ruhe wieder eingeleitet zu sein, aber infolge von Störungen, die durch Witterungsstöße hervorgerufen sind, ist die telegraphische Verbindung, besonders mit Deutschland, Dänemark und England schwierig. Alle von den ausständigen Beamten verursachten Störungen an den Telegraphenapparaten sind behoben.

Paris, 15. März. Das Polizeigericht hat heute sieben Postbeamte, die bei den Kundgebungen am Freitag beleidigende Äußerungen gegen den Unterstaatssekretär Simhan ausgesprochen haben, zu je sechs Tagen Gefängnis verurteilt.

Paris, 15. März. Heute nachmittag veranfaßten Angestellte der Hauptpost, als sie von der Verurteilung mehrerer Postbeamten erfuhren, neuerdings Kundgebungen gegen die Verwaltung. Um 4½ Uhr erschienen Unterstaatssekretär Simhan und Polizeipräsident Lepine mit fünfzig Gardisten, die die Kundgebungen vor dem Hauptpostamt unterdrückten und vier Beamte verhafteten. Nachher begab sich Lepine zum Ministerpräsidenten Clemenceau zu einer Konferenz.

Paris, 15. März. Neue ernste Zwischenfälle erfolgten heute im Zentralamt der Telegraphenverwaltung in der Rue de Grenelle. Eine Anzahl Telegraphenbeamte weigerten sich, die Arbeit wieder aufzunehmen und richtete lebhafteste Vorwürfe an die Kameraden, welche nachts über gearbeitet hatten und die rückständigen Telegramme besorgten. Eine Truppenabteilung mußte requiriert werden, um die Ordnung wiederherzustellen, was jedoch nicht gelang. Schließlich forderte der Unterstaatssekretär die Ausständigen auf, entweder die Arbeit aufzunehmen oder den Saal zu verlassen. Die Ausständigen zogen sich hierauf zurück.

Paris, 15. März. Nachdem die Postbeamten gestern abend in einer Versammlung den Generalausstand bekräftigt hatten, berief Clemenceau die Minister Vorhau und Deland zu sich, um mit ihnen Maßnahmen zu beraten, welche zu treffen sind, falls die Beamten ihre Drohungen wahrnehmen. In der Konferenz wurde beschlossen, daß alle Beamte, welche an dem Ausstand teilnehmen, suspendiert werden sollen, eine Maßregel, welche der Vorbote einer endgültigen Amtsentlassung ist. Ferner wurde beschlossen, zur Sicherung des öffentlichen Dienstes das Militär in Anspruch zu nehmen.

Paris, 15. März. Wie aus der Provinz berichtet wird, dehnt sich die Streikbewegung der Postbeamten auch dort aus, namentlich in Lyon, wo die Postbeamten beschlossen haben, sich mit den Pariser Kollegen solidarisch zu erklären, ebenso in Marseille, wo Mittwoch eine große Versammlung der Postbeamten abgehalten wird, um zu der Streikbewegung Stellung zu nehmen.

Vormärzliches aus Oesterreich.

Die österreichische Presse hat vor der reichsdeutschen eins voraus. Solche harten Verurteilungen wegen Preßvergehens, wie sie in Deutschland alle Tage vorkommen, gehören in Oesterreich zu den unerhörten Dingen. Leider hat diese erfreuliche Tatsache eine bedenkliche Kehrseite — die Konfiskationspraxis. Der Staatsanwalt hat es in der Hand, alle Preßvergehensfälle, die ihm nicht gefallen, kurzerhand zu konfiszieren. Im objektiven Verfahren spricht dann das Gericht sein Urteil über die beanstandeten Stellen. Bestätigt es die Konfiskation, so sind die angebliehen verbrecherischen Stellen unterdrückt, sofern nicht das Oberlandesgericht als höhere Instanz die Entscheidung aufhebt. Der Verfasser oder der verantwortliche Redakteur geht bei dieser Konfiskationspraxis frei aus, die Gedanken aber werden gemordet. Die Opfer, die die Personen zu bringen haben, sind geringer als in Deutschland, die Schädigung der Sache aber schlimmer, da diese bequeme Praxis natürlich die Billur der Justizbehörden großzügigt. In ruhigen Zeiten ruht die Waffe der Konfiskation, sobald aber nationale oder soziale Erregungen den Staat durchzittern, so wird sie herbeigeholt und rücksichtslos angewendet.

Daß sie nicht nur der politischen Presse, sondern auch der Wissenschaft gefährlich werden kann, zeigt die — schon in der Sonntagsnummer kurz gemeldet — Konfiskation der tschechischen Uebersetzung des Rautschschen Werkes „Entstehung des Christentums“ in Prag. Die Konfiskation ist ein Abkömmling der vormärzlichen Zensur und sie verleugnet ihren Ursprung nicht. Die Zensur war berichtigt wegen der Verstandlosigkeit und Rückständigkeit, mit der ihre Träger das verächtliche Handwerk übten, wegen der lächerlichen Annahme, mit der diese Subalternen Geister über Dinge zu Gericht saßen, zu deren Beurteilung ihnen jedes Wissen fehlte. Die Konfiskationspraxis zeigt dieselben wohlbekannten Züge. Man weiß nicht, was man an der Konfiskation, die die Prager Staatsanwaltschaft an dem Werke Rautschs verübt hat, mehr bewundern soll. Die geistige Beschränktheit, aus der heraus hier eine ernste wissenschaftliche Arbeit verstümmelt wird, weil etwas darin steht, was mit der Lehre der Kirche nicht im Einklang steht, oder die jammervolle Unwissenheit darüber, daß der gefährliche Sozialist gerade in diesen beanstandeten Stellen nichts Eigenes gibt, sondern nur die Ergebnisse bürgerlicher Wissenschaft darstellt, daß jeder wissenschaftliche Forscher, der nicht in die Dogmen der katholischen Kirche eingekerkert ist, auch vom staatlichen Lehrstuhle verkündet muß, was die Prager Staatsanwaltschaft als für Staat und Kirche gefährlich glaubt unterdrücken zu müssen.

Doch wir brauchen uns nicht lange um eine Charakteristik der Prager Konfiskation bemühen. Verebter als alle Worte, die wir finden können, sind die Taten der Prager Staatsanwaltschaft selbst, sind die Stellen aus dem verstümmelten Heft, die der Konfiskation verfielen. Einige Proben. Es wurde konfiszirt:

„Woh! gilt Jesus, wenigstens in den Kreisen der „Aufgeklärten“ und „Gebildeten“, nicht mehr als Gott, aber immerhin als ein außerordentliches Persönlichkeits, die austrat mit der Absicht, eine neue Religion zu stiften, und dies auch mit dem bekannten ungeheuren Erfolg auch bewirkte.“ (Deutsche Ausgabe, Seite 2, letzte Zeile bis Seite 3, Zeile 8 von oben.)

„Fest steht, daß von den urchristlichen Schriften nur die wenigsten von den Autoren herrühren, denen sie zugeschrieben werden, daß sie meist in späterer Zeit als der ihrer Datierung entstammen, und daß ihr ursprünglicher Text durch spätere Uebersetzungen und Zusätze vielfach aufs Größlichste entstellt wurde. Fest steht endlich, daß keines der Evangelien oder der sonstigen urchristlichen Schriftstücke von einem Zeitgenossen Jesu herrührt.“

Als das älteste Evangelium wird jetzt das sogenannte Markus-Evangelium angesehen, das jedenfalls nicht vor der Zerstörung Jerusalems entstand, die der Verfasser durch Jesus prophezeit werden läßt, das schon vollzogen war, als der Verfasser zu schreiben begann. Es wurde demnach wahrscheinlich nicht früher abgefaßt, als etwa ein halbes Jahrhundert nach der Zeit, in die man den Jesu Tod verlegt. Was es bezeichnet, ist also das Produkt einer halbhundertjährigen Legendenbildung.

Auf Markus folgt Lukas, dann der sogenannte Matthäus, endlich als letzter von allen Johannes, in der Mitte des zweiten Jahrhunderts, mindestens ein Jahrhundert nach Christi Geburt. Je weiter wir von Anfang an weiterstreiten, desto wunderbarer werden die Evangeliengeheimnisse. Schon Markus erzählt uns Wunder, aber sie sind noch harmlos gegenüber den späteren. . .

Andererseits kommt Pflöcker wie auch andere nach eingehender Untersuchung zu dem Schlusse, daß das Lukas-Evangelium noch nicht von der übernatürlichen Erzeugung Jesu erzählt habe, diese Erzählung vielmehr erst später aufgenommen und dann durch Einfügung der Verse 1, 34 ff. und der Worte „wie man glaubt“ in 8, 23 erst nachträglich in den Text eingetragen worden ist.“ (Neuehrstentum I, S. 408.)

Angehts alles dessen ist es kein Wunder, daß schon in den ersten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts die völlige Unbrauchbarkeit der Evangelien als Quellen zur Geschichte Jesu von manchen Forschern erkannt wurde und Bruno Bauer sogar dahin kommen konnte, die Geschichtlichkeit Jesu völlig zu leugnen. Daß trotzdem die Theologen von den Evangelien nicht lassen können und auch die Liberalen unter ihnen alles aufbieten, deren Autorität zu erhalten, ist begreiflich. Was bleibt vom Christentum, wenn die Person Christi aufgegeben wird? Aber um diese zu retten, müssen sie sich gar sonderbar winden und drehen. (Deutsche Ausgabe, Seite 11, Zeile 8 von unten auf.)

Diese Zitate ließen sich noch eine ganze Weile fortsetzen — alle Stellen, die der Konfiskation verfallen sind, sind von gleichem Charakter wie die hier wiedergegebenen. Keine von ihnen enthält auch nur die kleinste Beschimpfung des kirchlichen Dogmas oder gar der Religion. Nicht der leiseste Zweifel kann darüber wachen, daß es sich bei der Konfiskation um ein freches Attentat auf die Freiheit der Wissenschaft handelt, daß die Schrift Rautschs lediglich deshalb verstümmelt werden soll, weil sie an die biblischen Schriften den Maßstab der Forderung legt, statt sie gläubig als das geoffenbarte Wort Gottes hinzunehmen, wie es die katholische Kirche will!

Es ist noch nicht ausgemacht, daß die bornierte Auffassung der Prager Staatsanwaltschaft recht behalten wird, daß sie von den Richtern gebilligt wird. Aber daß überhaupt ein Prager Staatsanwalt die Möglichkeit hat, seine Unwissenheit und geistige Enge an einer wissenschaftlichen Arbeit zu dokumentieren, das macht die spezielle Prager Blamage zur allgemeinen österreichischen.

Der Fall zeigt, wie dringlich die Reinigung Oesterreichs von dem Schutt der vormärzlichen Zeit ist. Das Werkzeug dazu ist da, das Parlament des allgemeinen gleichen Wahlrechts, das das Parlamentarische Prinzip hat und das es zur Kulturarbeit nützen will. Aber wie auf dem Gebiete der Sozialpolitik, so stellt sich auch hier der nationale Haber der ersten Arbeit hindernd in den Weg. In der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses, in der die wüste Konfiskationspraxis in Böhmen von der tschechischen bürgerlichen Fraktion und den Sozialdemokraten an den Pranger gestellt wurde — der sozialdemokratische Sprecher Jarosch gestellte auch die Konfiskation des Rautschschen Buches — kamen die Deutschbürgerlichen der Regierung zu Hilfe! Denn die Konfiskationen treffen in der jetzigen Situation, wo die Tschechen in der Opposition stehen, zumeist die tschechischen Blätter, und also sind die Deutschen damit zufrieden. Wäre umgekehrt, so würden wieder die Tschechen die Zensoren schlagen! Unser Wiener Bruderblatt, die „Arbeiterzeitung“, schreibt in ihrem Artikel über die Konfiskation des Rautschschen Werkes zu diesem erbärmlichen Spiel, das die bürgerlichen Parteien des Parlaments treiben:

„Sind die Deutschen der Regierung böse, dann hätten die Tschechen jede Dummheit und jeden Uebergriff der Curesanktion. Und weil jetzt der Uebergriff halber die Tschechen der Regierung gram sind, ist die Verteidigung der Polizei die Sorge des deutschen Bürgertums. So werden freilich weder die Tschechen noch die Deutschen den allen Polizeistaat los; aber dieses törichte Treiben, aus dem nur bürokratische Borniertheit Gewinn zieht, nennt man nationale Politik!“

Unsere wackeren österreichischen Genossen, die die bürgerlichen Parteien sind und tapfer zur Wahlreform gezwungen haben, werden in zäher Arbeit und ununterbrochenem Kampfe diese bornierte „nationale Politik“, die beste Schutzwehr der vielen Reste des Polizeistaats, die im neuen Oesterreich noch bestehen, überwinden müssen.

Die Balkankrise.

Wachsende Kriegsgefahr.

Die serbische Regierung hat endlich ihre Antwort auf die Aufforderung der österreichischen Regierung, in direkte Verhandlungen einzutreten, erteilt. Die Antwort erfolgte in letzter Stunde, da die österreichische Regierung bereits entschlossen war, der serbischen eine bestimmte Frist zu setzen, um die weitere Verzögerung unmöglich zu machen. Die Antwort entspricht den pessimistischen Erwartungen, die die fortgesetzten Kriegserklärungen und die Kriegshetze der Belgrader Presse erwarten ließ, und sie bedeutet eine außerordentliche Buzspizung des Konfliktes. Ihr Wortlaut ist folgender:

„In der serbischen Botschaft vom 10. d. Mts., welche auch der kaiserlichen und königlichen Regierung, wie den Regierungen aller übrigen Signatarmächte des Berliner Vertrages überreicht wurde, hat die serbische Regierung ihren Standpunkt in der bosnisch-herzegowinischen Frage dargelegt und dabei festgehalten, daß Serbien von der Anschauung ausgeht, daß die rechtlichen Beziehungen zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn unverändert geblieben sind, sowie daß die Ausübung der nachbarlichen Pflichten und die Pflege der Beziehungen, welche den beiderseitigen materiellen Interessen entspringen, auf Grund der Gegenseitigkeit mit der Nachbarnarchie fortzuführen wünscht. Auf Grund dessen ist die königliche Regierung der Ansicht, daß sowohl den materiellen Interessen beiderseits als auch der Lage, welche durch den im Vorjahre abgeschlossenen Vertrag, der in Serbien bereits Gesehraft erlangt hat, geschaffen wurde, am besten entsprochen würde, wenn die Regierungen Oesterreichs und Ungarns den Parlamenten in Wien und Budapest diesen Handelsvertrag zur Annahme unterbreiten würden, obgleich der vorgesehene Termin für dessen Ratifikation abgelaufen ist. Durch die Annahme dieses Vertrages in den Parlamenten würde auch eine Unterbrechung in den Vertragsbeziehungen am sichersten vermieden werden. Durch Ver-

werfung dieses Vertrages würde entweder ein verlässlicher Ausgangspunkt für eventuelle neue Handelsvertragsverhandlungen erlangt werden, oder man würde sich im Gegenteil auf Grund der Dispositionen der Parlamente und deren agrarischen Strömungen überzeugen, daß man die Idee des Abschlusses eines Tarifvertrages zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn überhaupt aufgeben müsse. Für den Fall, daß Oesterreich-Ungarn wegen der Kürze der Zeit oder wegen seiner parlamentarischen Verhältnisse den abgeschlossenen Handelsvertrag in den Parlamenten bis zum 31. März nicht erledigen könnte, ist die königliche Regierung bereit, dem Antrag zuzustimmen, daß die Gültigkeit dieses Vertrages probatorisch bis zum 31. Dezember des laufenden Jahres verlängert werde.“

Die Antwort klingt wie Hohn. Statt Aufklärung bringt sie die Berufung auf jene andere Note, deren Zweideutigkeit und Hinterhältigkeit nichts weniger als den Willen zum Frieden erkennen ließ. Die serbische Regierung ist so gütig, der österreichischen Regierung den Rat zu geben, den Handelsvertrag in den Parlamenten annehmen zu lassen, aber sie selbst lehnt alle direkten Verhandlungen ab und fügt ihren Zweideutigkeiten auch nicht ein Wort der Erklärung oder des Entgegenkommens hinzu. Und dies, obwohl die Kriegserklärungen in Serbien und Montenegro mit fieberhaftem Eifer betrieben werden und die serbische Presse unausgesetzt den Krieg mit Oesterreich als nationale Pflicht predigt.

In Oesterreich hat das Bekanntwerden der ablehnenden Antwort die pessimistische Stimmung der letzten Tage noch außerordentlich vertieft. Die österreichische Regierung erklärt, zwar auch weiterhin die größtmögliche Zurückhaltung bewahren zu wollen, aber doch auf einer raschen Klärung der Lage bestehen zu müssen. Die serbische Regierung muß sich entscheiden und der österreichische Botschafter in Belgrad werde neue Vorstellungen erheben, für deren Verantwortung der serbischen Regierung eine kurz bemessene Frist gestellt sein werde. Gleichzeitig aber sollen jene Kräfte, die für den Einmarsch in Serbien bestimmt sind, an der Drina, Save und Donau zusammengezogen werden. Als Vorbereitung für einen eventuellen Krieg muß auch die Einteilung der Truppen in zwei Armeekorps betrachtet werden, deren Kommandierender der Thronfolger Franz Ferdinand wäre. Generalstabchef wird Feldzeugmeister Nibori, des ersten Armeekorps wird Feldzeugmeister Nibori, des zweiten Armeekorps General der Kavallerie Globocner.

In der Tat betrachtet man in Wien den Krieg mit Serbien für wahrscheinlich. Der neuen Vorstellung werde das Ultimatum folgen. Eine nochmalige Intervention der Mächte böte nicht allzuviel Aussicht, da in Serbien die Erregung zu groß sei und das serbische Volk mit der Unterstützung Rußlands rechne.

Aber nicht nur in dem von der Kriegsgefahr zunächst bedrohten Oesterreich, auch in London und Paris sieht man die Situation im Gegensatz zu dem Optimismus, der bis jetzt die Oberhand hatte, als außerordentlich gefährlich an. Die französische Regierung will noch einmal versuchen, durch eine neue Intervention den Kriegsausbruch abzuwehren. Es ist klar, daß dieser Versuch, soll er irgendeine Aussicht auf Erfolg versprechen, die volle Unterstützung der deutschen Regierung wird finden müssen.

Die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt selbst heute noch, nachdem das gefährliche Spiel mit dem Feind, das Oesterreich begonnen, Rußland und England so erfolgreich fortgesetzt haben, den serbischen Kriegsfuror entzündet hat, weniger in Belgrad, als in Wien und Petersburg. Hier muß die Entscheidung für den Frieden erzwungen werden, und sie kann vielleicht noch erzwungen werden, wenn Deutschland und Frankreich gemeinsam vorgehen und ihre Bundesgenossen zur Raison bringen. Die deutsche Regierung würde unverantwortlich handeln, wenn sie nicht ein vollständiges Einvernehmen mit Frankreich zur Aufrechterhaltung des Friedens herzustellen verstände.

Kriegerische Stimmung.

Belgrad, 15. März. Die Stupschina nahm heute den Gesehntourf über den Minimaltarif in erster Lesung an. In der Debatte führte der Finanzminister aus, die Stupschina habe den im vorigen Jahre abgeschlossenen österreichisch-serbischen Handelsvertrag angenommen, die Parlamente Oesterreich-Ungarns hätten das bisher nicht getan, obwohl das Protokoll am 31. dieses Monats abläufe. Der Jungradskale Simitsch billigte das Vorgehen der Regierung; der Nationalist Ribnitsch erklärte, die Stupschina würde niemals eine Regierung unterstützen, die versuche, für wirtschaftliche Vorteile die nationalen Interessen zu verkaufen, für die alle Serben Hab und Gut, ja selbst ihr Leben opfern würden. Der Fortschrittler Pawlowitsch betonte, Oesterreich-Ungarn wolle wirtschaftliche Fragen mit politischen verquicken, aber kein Serbe werde für momentane wirtschaftliche Vorteile nationale Interessen preisgeben.

Optimisten.

Wien, 15. März. Das „Neue Wiener Tagblatt“ veröffentlicht ein Interview mit dem hiesigen serbischen Gesandten, welcher erklärt, daß er glaube, daß es nicht zum Kriege kommen werde. Er kenne die Intentionen der serbischen Regierung wie die der leitenden österreichischen Kreise. Weder dort noch hier wolle man den Krieg. Daher werde es möglich sein, die kritischen Fragen, wie immer geartet sie auch seien, auszugleichen und friedlich zu lösen.

Frankfurt a. M., 15. März. Der Wiener Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ erzählt zuverlässig, daß der Kaiser, der Thronfolger, Lehrenthal, die beiden Regierungen und selbst der Generalstabchef das Neueste aufbieten wollen, den Krieg zu verhüten, der nach allgemeiner hiesiger Auffassung eine Vergeudung von Gut und Blut wäre.

Türkische Vorkehrungen.

Konstantinopel, 14. März. Der heutige Ministerrat soll mit Bezug auf die Haltung Serbiens und die Kriegsgefahr darüber beraten, welche militärischen Vorsichtsmaßnahmen seitens der Türkei nötig seien.

Belgrad, 15. März. Wie amtlich gemeldet wird, hat der Minister des Neuhern den serbischen Gesandten in Konstantinopel beauftragt, des allerentschiedensten bei der Fortsetzung des verbreiteten Gerücht, Serbien beabsichtige, den Sandschal zu befehlen, zu widerlegen, denn Serbien dankt gar nicht an ein derartiges Abenteuer.

Die bulgarisch-türkische Einigung.

Sofia, 15. März. Die bulgarische Regierung erhielt aus Petersburg die offizielle Verständigung, daß mit Rissak Pascha eine volle Einigung über die bulgarische Frage in folgendem Sinne erzielt worden ist: Erstens: die Türkei akzeptiert 120 Millionen als Entschädigung von

jetten Bulgariens. Zweitens: Von dieser Summe wird vor allem die Orientbahn für die ostromelische Strecke entschädigt auf der zwischen Rapischow und der Postre vereinbarten Basis. Drittens: Rußland streicht so viele Annuitäten der türkischen Kriegsschuld als nötig sind, um mit 5 Proz. kapitalisiert, die Summe von 125 Millionen zu erhalten. Bulgarien wird nur mit dem Betrage von 82 Millionen Rußland gegenüber verpflichtet sein. Weitere Details sind noch ausständig.

Die Haltung Montenegro's.

Cetinje, 15. März. Die kroatische italienische Blätter von großen Truppenlandungen in Spizza entsprechen nicht den Tatsachen; eine derartige Aktion ist schon aus dem Grunde unmöglich, weil die österreichische Flotte vor Spizza liegt.

Oesterreichische Stimmen.

Budapest, 15. März. Das ungarische Telegraphen-Bureau äußert sich über die serbische Note folgendermaßen: Die Note ist in ihrem politischen Teile befriedigend. Die serbische Verurteilung auf die Zirkularnote wird unsererseits nicht angenommen, weil deren Inhalt unzureichend ist. Die serbische Note beweist, daß man sich in Belgrad alle erdenkliche Mühe gibt, unsere Bestrebungen zu vereiteln, die darauf gerichtet sind, zwischen der Monarchie und Serbien eine klare Situation zu schaffen und den fortgesetzten Kämpfen ein Ende zu bereiten. —

Wien, 15. März. Da der österreichische Text der serbischen Antwortnote erst in den Mittagsstunden bekannt wurde, bringen die Radmittagsblätter noch keinerlei Kommentare. Nur die „Neue Freie Presse“ schreibt: Die Antwort der serbischen Regierung ist trotz der Winkelzüge und des Mangels an Geradheit so gefast, daß weitere Verhandlungen möglich sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. März 1909.

Änderung des Strafgesetzbuches.

Der „Entwurf eines Gesetzes, betreffend Änderung des Strafgesetzbuches“ ist dem Reichstage zugegangen. Die Novelle erstreckt sich auf folgende Materien: Hausfriedensbruch, Arrestbruch, Siegelbruch, Vereitelung der Zwangsvollstreckung, Tierquälerei, Verleumdung, Kinder-mißhandlung, geringfügige Diebstähle und Unterschlagungen, Erpressung.

Der Hausfriedensbruch mit bewaffneter Hand mußte bisher mit Gefängnis bestraft werden; desgl. Siegelbruch, Arrestbruch und Vereitelung der Zwangsvollstreckung. Die Novelle sieht für diese Delikte auch Geldstrafe vor.

Ein neuer Paragraph (145b) will hohle Quäerei oder rohe Mißhandlung von Tieren mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 600 M. ahnden. Bisher wurde nach § 300 Ziffer 13 öffentliche oder argerniserregende hohle Quäerei oder rohe Mißhandlung mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft. Diese Strafen sollen laut Novelle nunmehr denjenigen treffen, der die zur Verhütung von Tierquälerei erlassenen Vorschriften übertreißt.

Im § 186, dem berüchtigten Verleumdungsparagraphen, sollen die Geldstrafmaxima von 600 auf 1000 bzw. (bei öffentlicher Verleumdung) von 1500 auf 10 000 (Zehntausend!) Mark erhöht werden, ja — es soll neben der Freiheits- auf Geldstrafe erkannt werden dürfen. Sodann ist folgender Zusatz geplant:

„Bei einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangenen Verleumdung tritt die Bestrafung ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Tatsache ein, wenn diese lediglich Verhältnisse des Privatlebens betrifft, die das öffentliche Interesse nicht berühren. Eine Beweisaufnahme über die behauptete oder verbreitete Tatsache ist nur mit Zustimmung des Verleudigten zulässig.“

Verleumdung wider besseres Wissen, die bisher bei Annahme milderer Umstände mit Geldstrafe bis zu 300 M. geahndet werden durfte, soll fortan (neben Gefängnis bis mit 3000 M. geahndet werden. Die Buße an den Verleudigten soll von jetzt 6000 M. im Maximum bis auf 20 000 M. (!) erhöht werden.

Zu § 223a wird folgender Zusatz geplant: „Gleiche Strafe (Gefängnis nicht unter 2 Monaten) tritt ein, wenn gegen eine noch nicht 14 Jahre alte oder wegen Geisteskrankheit oder Kranksinn wechsellöse Person, die der Fürsorge oder Obhut des Täters untersteht, eine Körperverletzung mittels grausamer Behandlung begangen wird.“

Aus Not erfolgte Diebstähle oder Unterschlagungen geringwertiger Gegenstände sollen mit Geldstrafe bis zu 300 M. oder mit Gefängnis bis zu 6 Monaten bestraft werden. Die Verfolgung darf nur auf Antrag eintreten. Wird die Tat gegen einen Verwandten absteigender Linie oder gegen den Ehegatten begangen, so bleibt sie straflos.

Im Erpressungsparagraphen (253) soll nach dem neu vorgeschlagenen Text der Nachdruck auf die beabsichtigte Vermögensschädigung verlegt werden.

Wir werden die Novelle, die uns bei Redaktionsschluss zuging, noch einer genaueren Prüfung und Würdigung unterziehen.

Die Steuerföhen der Agrarier.

Finanzminister v. Rheinbaben ist im preußischen Landtage der Behauptung entgegengetreten, daß die Großgrundbesitzer sich unter dem Schutze der Landräte der Steuerpflicht unterziehen. Der „Deutsche Zeitung“ sind darauf aus ländlichen Kreisen eine Menge Zuschriften zugegangen, aus denen hervorgeht, daß speziell in Ostpreußen von den Grundbesitzern eine ganz merkwürdige Einschätzungsmethode angewendet wird. Die Gutbesitzer pflegen die Kosten ihres Unterhalts mit unter die Wirtschaftskosten zu buchen; so kommt es, daß sie oft weniger Einkommensteuer entrichten als die der Lehrer. Ein höherer Beamter schreibt dem genannten Blatte:

„Während die Lebenshaltung der meisten Grundbesitzer meiner Nachbarschaft über die meine erheblich hinausgeht, machte ich bei der letzten Landtagswahl durch einen Blick in die Steuerliste die Wahrnehmung, daß einer dieser Herren (Nauhaht: 2 Inspektoren, 1 Wamfell, 1 Diener, 2 Mädchen, 1 Kutscher, 1 Stallburche, 4 Kutscher, 2 Reispferde, das übrige dementsprechend) weniger als den fünften Teil meiner Einkommensteuer bezahlte. Die Mitglieder der ländlichen Steuereinschätzungskommission meinten, das sei anderwärts auch so, und man zudt die Ächseln, um nicht mit allen in Krieg zu geraten. Wird einer einmal gestellt, indem man ihm nachweist, daß er als großer Herr lebt und als Kossat Steuer, so erklärt er, vom Kapital zu leben.“

Erinnerlich dürfte noch sein, daß vor ein paar Jahren festgestellt wurde, daß einer der Führer des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, keine Einkommensteuer bezahlte, weil er angeblich ein steuerlich fahbares Einkommen nicht hatte.

Samoa.

Die Lage auf den Samoa- oder Schifferinseln scheint viel ernster zu sein, als die am Sonntag von uns mitgeteilte offizielle Darstellung sie schildert. Schon die Heranziehung mehrerer großer Kriegsschiffe läßt erkennen, daß es sich um sehr ernste, ausgebreitete Unruhen handelt. Die „Rhein.-Westf. Zeitung“ mißt die Schuld daran, daß es soweit gekommen ist, der Eingeborenenpolitik des Gouverneurs Dr. Solf bei, der die Samoaner auf Kosten der Weißen verhätschelt habe. Die wirkliche Ursache scheint aber ganz wo anders zu liegen. Vor einiger Zeit ist nämlich mitgeteilt worden, daß Land an Weiße nicht mehr abgegeben werden könne, weil der noch vorhandene Grund und Boden kaum noch für die Samoaner ausreichend sei. Es liegt sonach die Vermutung nahe, daß die Samoaner vornehmlich zum Kampf deshalb ihre Zuflucht nehmen, weil der ihnen belassene Boden nicht mehr ausreicht. Das Kolonialamt ist über die Zustände in Samoa schon seit längerer Zeit informiert, hat es aber für gut befunden, die Methode des Vertuschens anzuwenden. Es muß verlangt werden, daß unzulässig eine amtliche Darstellung erfolge.

Nach einer Meldung der „Nationalzeitung“ wird voraussichtlich, wenn nicht besonders dringliche Verhältnisse ein früheres Eingreifen erforderlich machen, mit der Einleitung der Aktion gegen die Eingeborenen so lange gewartet werden, bis alle auf der Fahrt nach Apia befindlichen Schiffe dort eingetroffen sein werden. Man hofft an amilicher Stelle, daß die Demonstration des Geschwaders, die in einer Rundfahrt um die Insel bestehen wird, ohne Blutvergießen zur Veruhigung des Inselgebietes führen wird. Der Rebellenführer Nauab wird dann voraussichtlich nach einem bereits früher gegen aufständische Hauptlinge angewandten Verfahren nach Neu-Guinea deportiert werden. Als günstig fällt ins Gewicht, daß die samoanischen Inselbewohner unter sich uneinig sind; namentlich auf Upolu, der Hauptinsel Samoas, auf der auch Apia liegt, sitzen starke Stämme, auf deren Treue die Regierung mit Sicherheit rechnen können soll.

Die Arbeitslosendemonstration als Landfriedensbruch.

Am 19. März wird im Gerichtssaal zu Moabit ein gerichtliches Nachspiel der Arbeitslosendemonstrationen des 9. Februar stattfinden. Vier Arbeiter, Schrop, Tiedemann, Voeder und Schelle, werden vor den Geschworenen erscheinen, des Landfriedensbruches angeklagt.

Wenn die Geschworenen ihnen mildernde Umstände versagen sollten, so droht ihnen Zuchthausstrafe, da sie nicht nur der Teilnahme an der Zusammenrottung, sondern auch der Herbeiführung von Sachen bezichtigt werden und Tiedemann überdies als Rädelsführer und Verüber von Gewalttätigkeiten gegen Personen angeklagt wird.

Werden die Geschworenen die Schuldfragen bejahen? Die bürgerliche Presse ohne Unterschied hat ihr Möglichstes dazu getan. Von der „Kreuzzeitung“ bis zum „Berliner Tageblatt“ haben die Organe der Satten gehetzt gegen die Hungernden, die es gewagt haben, am Tage des Einzugs des Königs von England ihr Elend zur Schau zu stellen, die versucht haben sollten, die Einzugsfeierlichkeiten zu stören, und die sich gar dazu hinreißten liehen, eilige Fährten von Omnibussen und Räden abzureißen. Keine Uebertreibung erschien den Ordnungsblättern zu kraß, alles geschah, um das Treiben der Arbeitslosen als höchst staatsgefährliches Verbrechen hinzustellen.

Wir haben diese bedauerlichen, aber im Grunde doch nur zu sehr begreiflichen Ausschreitungen mißbilligt. Wir fordern vom Proletariat Disziplin im Kampfe und unsere Arbeit und die der Arbeiterorganisationen ist darauf gerichtet, disziplinierte Kämpfer zu schulen. Aber wir wissen nur zu gut, daß die Not und das Elend, das die Krise über die Arbeiter bringt, Vergeßlichkeit gebiert, die gar leicht die Schranken der Selbstzucht durchbrechen kann, und wir erkennen nicht, daß für den vorliegenden Arbeitslosen der Gedanke, daß die Stadt Berlin 60 000 M. für einen Königs-eintrag gab, etwas furdhor Aufreizendes hat, daß ihm der Anblick des Festmums als eine blutige Verhöhnung seines Jammers erscheinen muß.

So werden die Geschworenen, die aus den Reihen der Bourgeoisie genommen werden, die Sache freilich nicht sehen. Aber wir hoffen und fordern, daß sie den Hintergrund der Ausschreitungen, die die vier Arbeiter auf die Anklagebank brachten, wenigstens als mildernden Umstand, und nicht, wie die Ordnungspresse es tat, als verschärfendes Moment würdigen. Und wenn sie die Taten der Angeklagten Revue passieren lassen, so möchten die Herren Geschworenen einmal annehmen, es seien nicht arbeitslose Proletarier, die sie verurteilt haben, sondern übermütige Söhne wohlhabender Eltern, Studenten mit guten Wechsellösen und dann sollten sie sich die Frage vorlegen, ob diese Sproßlinge der bestehenden Klassen auch wegen Landfriedensbruches vor die Geschworenen gekommen wären?

Die Frage stellen, heißt sie beantworten! Die Erfahrung lehrt uns, daß Studenten, die ähnliches begangen haben wie diese vier Arbeiter, wegen großen Unfugs und Sachbeschädigung angeklagt wurden und mit Geldstrafen davonkamen, die ihnen die Karriere nicht verbarben! Nichts Schlimmeres als randalisierende Rufensöhne haben die vier Arbeiter begangen, die unter eine Anklage gestellt sind, auf die Zuchthausstrafe steht!

Arbeitslose Proletarier und Studenten sollen nach deutschem Grundgesetz unter einem Recht stehen! Möchte es der Spruch der Geschworenen am 19. März erweisen!

Die Matrikularbeiträge pro 1909.

Eine Aufstellung des Reichsdokamentes veranschlagt die von den Bundesstaaten für das Etatsjahr 1909 zu zahlenden Summen an das Reich wie folgt:

Preußen 288 904 745 M. (gegen 1908 mehr 49 858 241 M.), Bayern 44 318 874 M. (mehr 8 541 575 M.), Sachsen 31 887 808 M. (mehr 8 016 558 M.), Württemberg 15 902 790 M. (mehr 3 086 823 M.), Baden 14 227 907 M. (mehr 2 687 318 M.), Hessen 8 562 198 M. (mehr 1 622 085 M.), Mecklenburg-Schwerin 4 428 176 M. (mehr 840 708 M.), Sachsen-Weimar 2 746 808 M. (mehr 519 319 M.), Mecklenburg-Strelitz 732 500 M. (mehr 138 839 M.), Oldenburg 8 102 704 M. (mehr 685 872 M.), Braunschweig 3 440 885 M. (mehr 651 680 M.), Sachsen-Meiningen 1 908 493 M. (mehr 390 039 M.), Württemberg 1 462 255 M. (mehr 276 694 M.), Sachsen-Coburg-Gotha 1 716 261 M. (mehr 324 813 M.), Anhalt 2 823 725 M. (mehr 440 960 M.), Schwarzburg-Rudolstadt 685 934 M. (mehr 114 404 M.), Schwarzburg-Rudolstadt 685 934 M. (mehr 130 146 M.), Waldeck 419 044 M. (mehr 79 834 M.), Reich a. L. 500 171 M. (mehr 94 942 M.), Reich j. L. 1 024 184 M. (mehr 194 338 M.), Schaumburg-Lippe 318 694 M. (mehr 60 461 M.), Lippe 1 031 199 M. (mehr 196 655 M.), Lübeck 749 074 M. (mehr 171 504 M.), Bremen 1 831 681 M. (mehr 849 556 M.), Hamburg 6 158 650 M. (mehr 1 165 254 M.), Elsch-Lothringen 12 848 808 M. (mehr 2 435 297 M.).

Insgesamt sind 4 288 891 153 M. Matrikularbeiträge, also 808 610 81 M. mehr gegen das Vorjahr aufzubringen.

Eisenbahnbesitz in Bayern.

Wie die „Frankische Tagespost“ zuverlässig erfährt, besiffert sich der Besitztum der bayerischen Eisenbahnen für das Jahr 1908

auf rund 8 Millionen Mark. Wessern sich die Einnahmen der Eisenbahnen nicht, so ist auch für das Jahr 1909 mit einer Mindereinnahme von 8 Millionen Mark zu rechnen. Dazu kommt noch ein Mehraufwand für Beamtengehälter von rund 4 Millionen Mark. Das ergibt also für die laufende Finanzperiode ein Defizit von 20 Millionen Mark.

In den Tod getrieben!

Der Selbstmord eines Soldaten war dieser Tage Gegenstand einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht. Wegen Ungehorsams, eigenmächtiger Umänderung eines ihm erteilten Befehles und wegen vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen hatte sich der Unteroffizier Sappito von der 12. Kompanie des Schützenregiments Nr. 108 zu verantworten. Am Abend des 11. Januar d. J. beging der Rekrut Schaubert II. Selbstmord. Ueber die Ursache zum Selbstmord wurde sofort eine Untersuchung eingeleitet, die folgendes ergab: Schaubert wurde eines Tages bei einer Besichtigung mit einem nicht passenden Tschako angetroffen. Es wurde festgestellt, daß es nicht der seinige war, und ihm daher aufgegeben, sich den richtigen Tschako wieder zu verschaffen. Schaubert gab sich die rechtliche Mühe, sich den ihm gehörigen Tschako wieder zu verschaffen; indessen vergeblich. Nach einiger Zeit entdeckte der Feldwebel, daß Schaubert immer noch den falschen Tschako trug und befahl ihm nun, sich den richtigen oder einen anderen passenden Tschako zu besorgen. Der Rekrut ging zum Angeklagten, der Kammerunteroffizier war und bat um einen anderen Tschako, was aber abgelehnt wurde. Eines Tages brachte der Feldwebel den Rekruten Schaubert zur Meldung. Der Rekrutenoffizier, der mit dem Angeklagten über die Angelegenheit sprach, befahl diesem, am 11. Januar bis abends 7 Uhr die Sache zu ordnen und, falls sich bis dahin der richtige Tschako Schauberts nicht gefunden haben sollte, ihm (dem Offizier) die Sache am anderen Tage zwecks Weiterverfolgung zu melden. Der Angeklagte ließ gleich darauf den Rekrut Schaubert zu sich kommen und befahl ihm: „Bis heute abend 7 Uhr melden Sie sich mit dem richtigen Tschako bei mir!“ Schaubert ließ nun verzeihen hin und her, um den richtigen Tschako zu finden; es gelang ihm nicht. Noch einige Stunden hielt er sich angestrichelt in der Kaserne auf, bis er schließlich abends gegen 7 Uhr, um welche Zeit er sich mit dem richtigen Tschako melden sollte, Selbstmord beging und zwar aus Furcht vor etwaiger Einleitung. Wegen des Kammerunteroffiziers wurde ein Verfahren eingeleitet und Anklage erhoben. Das Standgericht erkannte aber auf Freisprechung, wogegen aber der Gerichtsherr Berufung einlegte und Verurteilung erstrebte. Vor dem Kriegsgericht, das sich nun als Berufungsgericht mit der Angelegenheit beschäftigte, gab der Angeklagte an, er habe den Befehl des Offiziers falsch verstanden; er habe sich nach keiner Richtung hin strafbar gemacht. Der Offizier dagegen behauptete, wenn er sich auch des genauen Wortlautes seines Befehls nicht mehr erinnern könne, so sei es aber ausgeschlossen, daß er ihn in dem vom Angeklagten aufgeführten Sinne gemeint habe. Schaubert sei Rekrut und deshalb sei es für ihn auch äußerst schwierig, den richtigen Tschako zu finden. Der Anklagevertreter plädierte auf Verurteilung des Angeklagten in allen drei Punkten. Es sei, so meinte er, nur noch zu erwägen, ob durch den Ungehorsam ein erheblicher Nachteil entstanden sei. Dies sei zu bejahen, denn der Angeklagte habe durch den Befehl den äußeren Anlaß zum Selbstmord gegeben. Das Kriegsgericht hob nach längerer Beratung das freisprechende Urteil des Standgerichts auf und verurteilte den Angeklagten wegen vorchriftswidriger Behandlung eines Untergebenen zu — drei Tagen mittlerer Arrest! —

Frankreich.

Eine beigelegte Krise.

Paris, 14. März. (Fig. Ver.) Das Ministerium Clemenceau, Briand, Simhan usw. hat einen Schönheitsfehler. Das ist Herr Caillaux, der Finanzminister. Man denke: da ist ein Mann, der so wenig Stolzgefühl hat, daß er ohne Rücksicht auf die harmonische Physiognomie der Regierung die Grundzüge, die er mitgebracht hat, nicht verabschiedet, der mit Hartnäckigkeit seine Einkommensteuervorlage — den Beginn einer gerechten Besteuerung in Frankreich — in der Deputiertenkammer trotz aller Schläge und Tüden offener und heimlicher Gegner durchsetzt, vor der Schlußabstimmung sie noch in einer Rede begründet, in der die guten Geister der nationellen bürgerlichen Demokratie lebendig werden und der sich sogar weigert, dem Nobis Marinismus den geforderten ungemessenen Trost zu verabfolgen. Welcher Triumph wäre es für die großen Ausbeuter gewesen, Caillaux unmittelbar nach seinem Erfolg in der Kammer abgesetzt zu sehen! Das bloße Gerücht davon bewirkte auf der Börse eine Hausseestimmung. Vermutlich hätte sich auch Clemenceau des lästigen Doktrinärs gar nicht ungenügend entledigt. Er hätte so die Sympathien, die er bei den Gemäßigten genießt, noch verstärkt. Nur hatte die Sache einen Haken. Gerade weil Caillaux' Abgang die öffentliche Preisgebung der Einkommensteuer bedeutet hätte, wäre er vielen Radikalen unangenehm gewesen, die dieser Steuer insgeheim ja auf ihrem Weg durch den Senat alles Mögliche wünschen, aber sich vor den Wählern nicht als Helfershelfer dieses Verrats präsentieren können.

Nun bot ja Caillaux auch eine andere Angriffsfläche dar. Der neue Marineminister Picard hatte herausgeredet, daß um die Marine instand zu setzen, 800 Millionen notwendig seien. Das war nun auch den zu den größten Gefälligkeiten an die Marineminister genetzten Patrioten zubielt und bei genauerem Nachrechnen fand Herr Picard, daß es schließlich mit 223 Millionen auch gehe. Herr Caillaux, der kein Geld in den Kassen, im letzten Jahre insolge der Krise große Mindereinträge zu verzeichnen und überdies die sichere Aussicht auf ein riesiges Defizit im nächsten Jahre hat, der überdies in Betracht zieht, daß die noch so reduzierte Altersversicherung der Arbeiter und die der Eisenbahner im besonderen Geld kosten wird, widerstand noch immer, sogar als Herr Picard bis auf 100 Millionen heruntergegangen war.

Darüber brach nun ein Konflikt aus, der den Charakter einer partiellen oder gar allgemeinen Ministerkrise anzunehmen schien. Ueberraschenderweise aber hat er mit einem Ausgleich geendet. Herr Caillaux ist bereit, diese Summe von 100 Millionen in sechs Jahresraten abzugeben. Je 30 Millionen sollen für das laufende und für das nächste Jahr flüssig gemacht werden und vor allem der anscheinend sehr dringenden Munitionsergänzung dienen.

Jährlich 30 Millionen — das ist wirklich bei Wolochs Appetit noch bescheiden. Herr Caillaux hätte dieses Zugeständnis nicht erhalten, wenn ihm nicht die Feststellungen des Rechnungshofes und der Bericht des Hg. Rousse über die Mißbräuche in der Marineverwaltung zu Hilfe gekommen wären. Angesichts dieser Enttarnungen der ungeheuerlichen Diebereien der Lieferanten wäre es unmöglich, vom Parlament größere Summen zu erlangen, und so entging Clemenceau der Vorwand, Caillaux auszuschießen. Weil dies nicht im Zeichen des anständig gewordenen Marinepatriotismus geschehen konnte, hat sich Clemenceau bemüht, den Konflikt beizulegen, der leicht eine ihm sehr unerwünschte Tragweite bekommen hätte. —

Italien.

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie.

Rom, 15. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die gestrigen Stichwahlen haben unserer Partei einen großen Erfolg gebracht. Wir haben zwölf Mandate erobert, und das italienische Proletariat besitzt heute 42

Vertreter in der Kammer statt der früheren 26. Gewählt wurden die Genossen Calda in Bologna, Marangoni in Sambierdarena, Nofri in Siena, Casalini in Turin, Muffatti in Venedig, Vocconi in Jesi, Cavallari in Portomaggiore und Brunetti in Lugo. In Ravenna ermöglichten die Republikaner durch ihre Wahlenthaltung den Sieg des „Konstitutionellen“ über den Sozialdemokraten.

Auch im übrigen war die Wahl der äußersten Linken günstig. Die Republikaner sind von 20 auf 23 gewachsen, die Radikalen von 34 auf 41. Mit Einschluß der Sozialisten verfügt die äußerste Linke über 106 Sitze in der neuen Kammer gegen 80 in der aufgelösten. Trotzdem bleibt Giolitti Herr der Kammer. Von den 508 Abgeordneten sind 267 ministerielle und auch von den 50 Liberalen, 26 Konservervativen und 21 Merikalen droht dem Ministerium vorläufig keine Gefahr.

Unsere Partei hat aber nicht nur Mandate erobert, sondern sicher auch einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen und die Ehren des Sieges in dieser Wahlschlacht der Prinzipienlosigkeit und des persönlichen Saders darf sie mit vollem Recht für sich allein in Anspruch nehmen.

Rußland.

Eine Polizeientdeckung.

Petersburg, 15. März. Die Polizei hat gestern ein geheimes Waffenlager der Revolutionäre entdeckt und 40 Revolver und 3000 Patronen beschlagnahmt. Zwei Personen sind verhaftet worden. Außerdem ist gestern durch 50 Geheimpolizisten im hiesigen psychoneurologischen Institut eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden, wobei mehrere Personen verhaftet wurden.

Das hinter solchen Entdeckungen gewöhnliche Lockspiegel zu suchen sind, bedarf bei den russischen Verhältnissen kaum einer Erwähnung.

Ein Gefängnisdirektor erschossen.

Warschau, 14. März. In der Nähe des Gefängnisses wurde heute der Gefängnisdirektor von einem Unbekannten erschossen.

Türkei.

Wahrung des Budgetrechts

Konstantinopel, 13. März. Deputiertenkammer. Im Verlaufe der Sitzung traf vom Großvezir die Nachricht ein, daß er, da das Finanzjahr heute zu Ende gehe, der Kammer den Entwurf eines Budgetprovisoriums vorlegen werde. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen. Um 7 Uhr traf der Gesandtenrat ein, der für zwei Monate ein Provisorium in Höhe von 5 Millionen Pfund verlangt. Der Finanzminister verlangte dringliche Behandlung des Entwurfs und legte die Gründe für die verspätete Einbringung des Budgets dar. Unter großem Lärm nahm die Kammer mit 104 gegen 22 Stimmen eine Resolution an, in der der Regierung wegen der Verzögerung das Bedauern ausgesprochen und ein einmonatliches Provisorium bewilligt wird, um das Land vor Verwirrung zu bewahren.

Zentral-Amerika.

Eine Intervention Mexikos.

New York, 14. März. Ein Telegramm des Ministeriums des Auswärtigen aus Mexiko teilt mit, daß Mexiko in dem zentralamerikanischen Streitfall zum Zweck der Erhaltung des Friedens vermitteln und mit den Vereinigten Staaten Hand in Hand gehen wolle, was immer für einen Weg die Vereinigten Staaten wählen werden, um den Frieden und den Vertrag aufrecht zu erhalten, den die zentralamerikanischen Republiken auf der Washingtoner Konferenz freiwillig geschlossen haben.

Aus der Partei.

Das Ausschlußreferendum in Holland.

Amsterdam, 14. März. (Fig. Ver.) Die Abstimmung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands über den Beschluß des außerordentlichen Parteitages zu Deventer war am 8. März d. J. beendet; das Resultat wurde jedoch erst am Sonnabend publiziert. Es stimmten 183 Abteilungen und 49 Einzelmitglieder. 16 Abteilungen nahmen an der Abstimmung nicht teil. Für Herausgabe einer marxistisch redigierten Wochenbeilage „Het Volk“ stimmten 4730 Genossen, 415 dagegen. 204 Stimmenthaltungen waren zu verzeichnen. Für Aufhebung der „Tribüne“ stimmten 4333, dagegen 773, 276 enthielten sich der Abstimmung. Für Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure stimmten 3712, dagegen 1340, bei 342 Stimmenthaltungen.

Reichstagskandidatur.

Eine außerordentliche Kreisversammlung für den Wahlkreis Lennep-Rheinisch-Weitmänn stellte am Sonntag an Stelle des verstorbenen Genossen Meißner, der den Wahlkreis von 1893 bis 1895 und von 1903 bis 1906 im Reichstage vertrat, den Genossen Wilhelm Dittmann, Parteisekretär in Frankfurt a. M., als Reichstagskandidaten auf. Die Versammlung erfolgte einstimmig, nachdem mehrere Beratungen vorausgegangen waren.

Ueberfall auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Genosse Kollwagen in Augsburg ist am Sonnabend von einigen Leuten, die aus der Partei entfernt werden sollten, angefallen und mißhandelt worden.

Polkzeiliches, Gerichtliches usw.

Verurteilung des Redakteurs.

Einen argen Reinfall erlebte vor dem Schöffengericht in Stettin der Verfasser der Zeitschrift „Der Arbeiter“ in Stettin. Diesem war im Stettiner „Vollboten“ nachgelagt worden, daß er die Arbeiter grüßlich beschimpfte und sie nicht ungeprägt lassen könne. Einige Fälle roher Mißhandlungen wurden angeführt. Der also Gefemte erhebt Privatklage gegen den Redakteur Rehlisch, der aber durch Jünger nachwies, daß der Mann — Kreuzig ist sein Name — die Arbeiter in der unglaublichsten Weise mit Schimpfworten anzutreiben pflegte. Krüpel, Dalk, Wahnsinniger waren die beliebtesten Scheltwörter. Einen Galzler verprügelte er mit einer mehreren Zoll dicken Peiste, weil er sich krank gemeldet hatte. Einem anderen schloß er eine Decke über den Kopf, worauf er den mehrlos Gemachten stieß und mit den Füßen trat. Der Mißhandelte hat drei Wochen im Krankenhaus gelegen. Als sich der eigene Schwager dieses schlagfertigen Werksführers beim Richter der Fabrik beklagte, drohte ihm dieser mit Entlassung, falls er gegen Kreuzig klage! Das Gericht nahm an, daß der Arbeiter ein anderer Weg insulgebessen nicht übrig gelassen sei, als sich an die Presse zu wenden. Dem Angeklagten, als dem Redakteur eines Arbeiterblattes, sei daher der Schutz des § 193 zuzubilligen, um so mehr als der Artikel sachlich gehalten, die Absicht der Beleidigung nicht erkennen lasse, in ihm auch betont sei, daß der Zweck der Veröffentlichung lediglich der Weisheit freizusprechen. Der schneidige Werksführer, der die Arbeiter nur „energisch“ behandelt haben wollte, dürfte wenig erbaut sein über das Gerichtsurteil, das ihm in diesem Urteil ausgestellt worden ist.

Die rote Fahne in Arrest.

Am Sonntag fand in Breslau unter großer Beteiligung die Verdringung des Genossen Kowal statt, eines Bezirksführers des sozialdemokratischen Vereins. In einer Drochse wurde die sozialdemokratische Fahne im Trauerzuge mitgeführt. Die Polizei untersagte die Entfaltung der Fahne. Als sie aber später auf dem Wege zum Friedhofe doch entfaltete, wurde der Wagen von einem starken Polizeiaufgebot umringt und nach der Polizeiwache geführt. Während die Begleiter der Fahne nach Feststellung ihrer Personallisten entlassen wurden, behielt man die Fahne auf der Wache, wo sie sich noch jetzt befindet. Gegen das Verfahren der Polizei ist Beschwerde erhoben worden.

Strafkants der Presse. Wegen angeblicher Beleidigung zweier Polizisten wurde Genosse Seinkamp vom „Böcherer Volksblatt“ zu 500 M. Strafe verurteilt. — Es handelte sich um die objektive Darstellung über die Inhaftierung und Behandlung eines Arbeitlosen durch zwei Polizeibeamte. Den Besagten wurde — wie gewöhnlich — mehr geglaubt als den Entlastungszeugen.

Soziales.

Die feinen Nervenschmerzen des Herrn Kommerzienrats.

Vor der 5. Kammer des hiesigen Kaufmannsgerichts trat eine Klägerin als Klägerin gegen die Firma August Zeiß u. Co. (alleiniger Inhaber Kommerzienrat August Zeiß) auf. Am zweiten Tage ihrer Tätigkeit war sie entlassen worden, weil sie einen Geruch an sich habe, den der Herr Kommerzienrat nicht vertragen kann.

Klägerin suchte einen hiesigen Arzt auf, welcher ihr folgendes Attest ausstellte:

„Fr. S. erscheint heute bei mir zwecks Feststellung ihres Gesundheitszustandes, speziell darüber, ob an ihrem Körper abnorme Gerüche wahrnehmbar seien! Das Resultat meiner Untersuchung ist, daß Fräulein S. vollständig gesund ist. Sie bietet keinerlei Zeichen von Schwelke, der Mund ist vorzüglich in Stand gehalten. Es ist keinerlei Abnormität am Körper nachweisbar, speziell nichts, was üble Gerüche verbreiten könnte.“

Klägerin hatte sich der Firma zur Verfügung gestellt und erhielt folgenden charakteristischen Brief:

„Wir bestätigen den Eingang Ihrer Zuschrift vom 8. cr. und müssen Ihnen erwidern, daß wir unsere sofortige Kündigung aufrechterhalten.“

Der § 70 des Handelsgesetzbuches berechtigt den Prinzipal, ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist zu kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; dieser Fall war hier ohne weiteres gegeben, denn wenn wir es uns auch lieber versagen möchten, auf den Grund selber näher einzugehen, so wollen wir doch zu Ihrer Orientierung bemerken, daß alle mit Ihnen zusammen beschäftigt gewesenen Damen einstimmig erklärten, in der durch Sie hervorgerufenen schlechten Luft unmöglich weiter arbeiten zu können. Nach § 62 des Handelsgesetzbuches sind wir aber verpflichtet, unsere Geschäftsräume so einzurichten und zu unterhalten, daß unsere Angestellten gegen eine Gefährdung ihrer Gesundheit geschützt sind. Aus diesem Grunde mußten wir Ihre sofortige Kündigung aussprechen.“

Hochachtungsbol

Channon Registrar-Compagnie Aug. Zeiß u. Co.

Der Antrag der Klägerin verlangte Zahlung des Gehalts für 2 Monate und Herausgabe von Originalzeugnissen. Auf die schriftliche Aufforderung, die Zeugnisse herauszugeben, hatte die Firma geantwortet: „Wir sind bereit, Ihnen Ihre Zeugnisse auszugeben, wenn Sie dagegen erklären, daß Sie auf alle Ansprüche an unsere Firma verzichten. Die Vergütung für die von Ihnen hier geleisteten Dienste würde Ihnen natürlich bezahlt werden.“

In der Verhandlung wurde festgestellt, daß in einem nach dem Hof gelegenen Zimmer, in dem fast den ganzen Tag Licht brennen muß, 8 Damen arbeiten müssen. Diese 8 Damen hatten schriftlich erklärt, daß sie mit der Klägerin nicht zusammen arbeiten könnten infolge ihres Geruches.

Die Beklagte wurde verurteilt, sofort die Zeugnisse herauszugeben und für die Dauer der Kündigungszeit das Gehalt zu zahlen.

Ein neues Wahlsystem im Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum.

Eine Versammlung fast sämtlicher Knappschaftsältesten des Allgemeinen Knappschaftsvereins Bochum fand am Sonntag in Bochum statt, um Stellung zu einer neuen Wahlordnung zu nehmen, durch die die Verbandsvertreter mit Leichtigkeit fast gestellt werden können. Bisher, d. h. auch unter dem neuen Knappschaftsstatut, waren der Knappschaftsälteste sowie sein Stellvertreter in einem Wahlgang zu wählen, und zwar waren die Stimmzettel mit zwei Namen zu versehen. Derjenige, auf den die meisten Stimmen entfielen, war Knappschaftsältester, derjenige mit den zweitmeisten Stimmen Ersatzmann.

Mit Ende 1910 scheiden die letzten christlichen Vertreter aus dem Vorstande des Knappschaftsvereins aus. Da die Verbandsältesten die Mehrheit haben, würden nach der Ergänzungswahl zum Vorstande den 15 Werkvertretern 15 Verbandsälteste gegenüberstehen. Der Zustand, daß die Werkvertreter ihre Pläne mit Hilfe eines oder mehrerer Arbeitervertreter durchdrücken können, hörte dann endlich auf. Da kam nun unlängst der Handelsminister mit einer Verfügung, wonach eine im neuen Statut enthaltene ergänzende Bestimmung zum § 88 (Abs. 7) so auszuliegen sei, daß nur ein Name auf dem Stimmzettel stehen sollte. Das praktische Resultat wäre folgendes: Wenn in einem Sprengel (Wahlbezirk) z. B. im ganzen 400 Stimmen abgegeben wären und der Verbandskandidat davon 350, der christliche oder der Bechtelkandidat 50 Stimmen bekommen, so ist letzterer Aeltester, letzterer Ersatzmann. Erhält nun der Aelteste einmal seine Arbeit oder doch keine, die er von seiner Wohnung aus (die im Sprengel liegen muß) erreichen kann — und das läßt sich ja leicht bewerkstelligen — so ist man ihn los, und der Ersatzmann mit seinen 50 Stimmen rückt in sein Amt!

Die Versammlung protestierte nun entschieden gegen den Beschluß des Knappschaftsvorstandes und beschloß, die Aenderungen einer außerordentlichen Generalversammlung zu beantragen. In dieser soll dafür Sorge getragen werden, daß das Statut jeden Zweifel über die Bedeutung der streitigen Bestimmung ausschließt. Ferner wurde eine Kommission gewählt, die die Forderungen ausgearbeitet hat, die auf dem Gebiete des Knappschaftswesens zu stellen sind.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Eine eigentümliche Auffassung vom Affordvertrag scheint der Inhaber der Drechsefabrik vormals Plaen, jetzt Müller, Wilmannsstraße 25/26, zu haben. 5 Schloßern wurde am letzten Sonnabend bei der Lohnzahlung ein Teil des Lohnes abgezogen mit dem Bemerkung, daß die alten Affordpreise nicht mehr gezahlt würden. Die Arbeiter waren weder vorher verständigt worden, noch war ihnen bei Uebergabe der Arbeit gesagt, daß die alten Preise nicht mehr gezahlt würden. Selbstverständlich protestierten die Arbeiter. Darauf erklärte ihnen Herr Müller jun.: „Entweder, Sie arbeiten für das Geld, oder Sie machen, daß Sie raus kommen!“ Dieser junge Mann trat auch in derselben Weise dem Vertreter unserer Organisation gegenüber auf, als derselbe versuchte, in derselben Angelegenheit mit der Firma zu verhandeln. Er erklärte unserem Vertreter, daß er Leute genügend für das Geld bekomme, welches bei der Firma verdient wurde. Dabei wird von den dort beschäftigten Gewerkschaften erklärt, daß nach den Abzügen höchstens 20—21 M. pro Woche zu verdienen seien. Das

Gewerkschaften, an welches sich die Entlassenen wenden, dürfte der Firma klarmachen, daß die Bestimmungen der Gewerkschaft über der Weisheit der Inhaber der Firma stehen.

Wir warnen die arbeitslosen Kollegen, wenn sie sich vor Schäden bewahren wollen, bei der Firma Arbeit zu nehmen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Lohnbewegung der Kostümschneider und Schneiderinnen.

Den großen Saal der Arminiallen füllte am Sonntag eine Versammlung der Kostümschneider und Schneiderinnen, um die Antwort der Arbeitgeber auf die eingereichten Forderungen zu erörtern und Stellung dazu zu nehmen. Der Referent Kunze wies zunächst darauf hin, daß die Arbeitgeber der Kostümbbranche sich, wie vorausgesehen war, organisiert haben, und bemerkte, daß dies keineswegs als ein Uebel, sondern vielmehr als ein Vorteil für die Bewegung anzusehen sei, da ja hierdurch möglich werde, einen Tarifvertrag von Organisation zu Organisation abzuschließen sowie eine gemeinsame Kommission zur Ueberwachung des Tarifes einzusetzen. Zugleich aber zeigte sich ihm so deutlich, daß die Bewegung der Kostümschneider Berlins nicht loszulassen sei von der Situation im Reich. In 35 Städten Deutschlands, wo der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe Filialen hat, sind von den Herrenmehrschneidern, und in einer Reihe von Städten, wie Frankfurt a. M., Hamburg, Karlsruhe, Wiesbaden, auch von den Kostümschneidern Forderungen gestellt. Die Arbeitgeber der Kostümbbranche haben sich nun in allen den Städten, mit einer einzigen Ausnahme, erst in den letzten Wochen organisiert, und auch in Berlin kommen sie erst dazu, nachdem sie sich der Einsicht, daß die große Masse ihrer Arbeiterschaft hinter den Forderungen steht, nicht mehr verschließen konnte. Erfahrungsgemäß macht sich in einer so jungen Arbeitgeberorganisation in der Regel ein gewisses Draufgängerum bemerkbar. Man pflegt die Forderungen der Arbeiter einfach für unannehmbar zu erklären und glaubt damit über die Sache hinwegzukommen. So läuft denn auch die Antwort des „Verbandes der Berliner Damenmehrschneiderinnen“ darauf hinaus, daß seine Versammlung die Forderungen „schon aus Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage“ für unannehmbar erklärt habe, worauf jedoch die Bemerkung folgt, daß man bereit sei, „die Wünsche der Arbeiter anzuhören“.

Die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes erwiderte darauf in einem Schreiben vom 9. März, daß die Wünsche der Arbeiter ja in der eingereichten Tarifvorlage enthalten seien, so daß weitere Mitteilungen darüber überflüssig wären. Der Arbeitgeberverband möge nun bis zum Freitag, den 12. März, mitteilen, wann er bereit sei, zu verhandeln. Daran wurde noch die Bitte geknüpft, mitzuteilen, welche Firmen dem Verbande angehören, damit, wenn Verhandlungen zwischen den beiden Organisationen stattfänden, solchen Firmen, auf die sich diese Verhandlungen bezögen, nicht unangenehme Angelegenheiten bereitet würden. Hierauf erwiderte der Arbeitgeberverband, daß die Frist für die Festsetzung der Verhandlungen zu kurz bemessen sei, da man die Sache erst einer Mitgliederversammlung vorlegen müsse, daß aber die Antwort bis Montag, den 15. März, erfolgen werde. Ferner ist bei Verhandlungen der Schlichtungskommission der Herrenmehrschneiderei von Arbeitgeberseite geäußert worden, daß Anfang dieser Woche in der Kostümbbranche verhandelt werden solle. Der Redner machte darauf aufmerksam, daß mit dem somit in Aussicht gestellten Verhandlungen noch keineswegs etwas Positives erreicht sei, da ja die Gefahr bestehe, daß sie nur formeller Natur sein würden. Jedenfalls werde sich erst durch die Verhandlungen herausstellen, wie die Situation liegt. — Von den einzelnen Arbeitgebern hat im Laufe der Woche noch eine Firma bemilligt, und zwar den Tarif erster Klasse, während zwei Firmen um Verhandlungen nachsuchten. Im übrigen sind einem Teil Firmen die Forderungen erst im Laufe der Woche zugestellt worden. Die Vertrauensmännerführung der Kostümbbranche hat sich mit der Frage befaßt, ob in der gegenwärtigen Situation Ueberstunden gemacht werden dürfen, und dies einstimmig verneint. Dies wird denn auch befolgt, und nur in vereinzelten Fällen, wo ganz besondere Umstände vorliegen, können einmal mit Genehmigung der Organisation Ueberstunden zugelassen werden. Im übrigen hob der Redner hervor, daß die Situation im Schneidergewerbe Deutschlands gegenwärtig wieder äußerst gespannt ist, und daß demgemäß auch die Kostümschneider und Schneiderinnen Berlins sich nicht durch irgendwelche Nebenarten der einzelnen Arbeitgeber täuschen lassen dürfen, sondern einmütig den Beschlüssen ihrer Organisation entsprechend zu handeln haben. Mit der Antwort des Arbeitgeberverbandes wird sich eine weitere Versammlung beschäftigen. — Die Diskussion ergab, daß die sehr zahlreich besuchte Versammlung mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden war.

Achtung, Schuhmacher!

In der Reifeschuhfabrik von R. Engländer, Gormannstraße 14, haben familiäre Arbeiter wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Töpfer

In den sächsischen Landwerken in Brandis bei Leipzig ist nun auch die allgemeine Aussperrung der dort beschäftigten Ziegeleiarbeiter gekommen, weil sich diese geweigert haben, die Streiarbeit der ausgesperrten Töpfer zu verrichten. Ein gewisser Kiedenthal hatte schon am letzten Donnerstag einen Transport Arbeitswilliger von Berlin nach Brandis gebracht, die an die Stelle der Aussperrten treten sollten. Der Leitung des Fabrikarbeiterverbandes ist es aber gelungen, die Arbeitswilligen von ihrem Vorhaben abzubringen und zu veranlassen, daß sie wieder nach Berlin zurückkehrten. Der Zuzug aller Fabrikarbeiter, besonders der Ziegeleiarbeiter nach Brandis ist streng zu vermeiden.

In der Silberwarenfabrik Paul Sandig u. Co. zu Regnitz ist ein Streik ausgebrochen. Seit 2 Jahren arbeiten die dortigen Silberarbeiter auf Stundenlohn. Jetzt soll wieder Affordarbeit eingeführt werden, was die Arbeiter verweigerten und mit der Arbeitsniederlegung beantworteten. Zuzug von Silberarbeitern jeglicher Art ist fernzuhalten. Vor allem seien die Silberarbeiter von Dänemark und Oesterreich gewarnt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verfammlungen.

Vor einer Jugendversammlung, die am Sonntagabend im Gewerkschaftshause stattfand, hielt Genosse Ray Grunwald einen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die arbeitende Jugend“. Sehr aufmerksam folgten die zahlreiche Versammelten den interessantesten Ausführungen des Redners. Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der die Jugendgenossen aufforderte, fest zusammenzuhalten und eifrig zu lernen und zu streben, um sich für den Lebenskampf auszurüsten. Der Vorsitzende ließ dann eine kurze Pause eintreten, wonach der angeforderte Unterhaltungsabend begann. — Am Sonnabend nahm ein Gklus von Vorträgen für die Jugend im Saal 8 des Gewerkschaftshauses seinen Anfang. Neue Hörer werden auch am nächsten Sonnabend noch willkommen sein.

Der Zuzug aller Fabrikarbeiter, besonders der Ziegeleiarbeiter nach Brandis ist streng zu vermeiden.

In der Silberwarenfabrik Paul Sandig u. Co. zu Regnitz ist ein Streik ausgebrochen. Seit 2 Jahren arbeiten die dortigen Silberarbeiter auf Stundenlohn. Jetzt soll wieder Affordarbeit eingeführt werden, was die Arbeiter verweigerten und mit der Arbeitsniederlegung beantworteten. Zuzug von Silberarbeitern jeglicher Art ist fernzuhalten. Vor allem seien die Silberarbeiter von Dänemark und Oesterreich gewarnt. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Verfammlungen.

Vor einer Jugendversammlung, die am Sonntagabend im Gewerkschaftshause stattfand, hielt Genosse Ray Grunwald einen Vortrag über das Thema: „Die wirtschaftliche Krise und die arbeitende Jugend“. Sehr aufmerksam folgten die zahlreiche Versammelten den interessantesten Ausführungen des Redners. Zur Diskussion meldete sich nur ein Redner, der die Jugendgenossen aufforderte, fest zusammenzuhalten und eifrig zu lernen und zu streben, um sich für den Lebenskampf auszurüsten. Der Vorsitzende ließ dann eine kurze Pause eintreten, wonach der angeforderte Unterhaltungsabend begann. — Am Sonnabend nahm ein Gklus von Vorträgen für die Jugend im Saal 8 des Gewerkschaftshauses seinen Anfang. Neue Hörer werden auch am nächsten Sonnabend noch willkommen sein.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zum Untergang der „Margaretha“.

Haag, 15. März. Bei Hoel van Holland sind drei Leichen des deutschen Schiffes „Margaretha“ ans Ufer geschwemmt worden. Eine Frauenleiche trug einen Ring mit der Aufschrift „Wahlers“. Man nimmt an, daß diese Frau die Gattin des Kapitäns des Schiffes war. Die beiden anderen Leichen sollen diejenigen des Kapitäns und eines Matrosen sein. (Siehe auch Vermischtes.)

„Erster Deutscher Jugendgerichts-Tag“

ist für die drei Tage vom 15.—17. März nach der Reichshauptstadt Berlin zusammenberufen worden.

Die Jugendgerichte sind in Deutschland noch sehr jung — das erste wurde im Januar 1908 eröffnet.

Am Montag wurde der Jugendgerichts-Tag vom stellvertretenden Vorsitzenden der „Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge“ Staatsminister z. D. Hentig mit einer Begrüßungsansprache

eröffnet, die auf die Bedeutung der Jugendgerichtsbewegung hinwies und die Jugendgerichte als ein erfolgversprechendes Mittel zur Herabminderung der Kriminalität der Jugendlichen bezeichnete.

referierten Staatsanwalt Wellenkamp-Magdeburg und Oberamtsrichter Riß-München.

Wellenkamp betonte, gegenüber dem Jugendlichen müsse nicht die Anwendung des Vergeltungsprinzips, sondern die Abwehr der Verwahrlosung der Zweck des Verfahrens sein.

Auf den Vertreter der Anklagebehörde folgte als Korreferent der Richter. Riß wünscht, daß der Jugendliche möglichst vor der

Hauptverhandlung bewahrt bleibe. Schon deshalb müsse noch im Vorverfahren die Frage nach der erforderlichen Einsicht geprüft werden, und zwar auch vom Richter.

In der Diskussion empfahl der Generalkstaatsanwalt Dr. v. Rupp-Stuttgart den Staatsanwälten, im Verfahren gegen Jugendliche „sich der größten Bescheidenheit zu befleißigen“.

In der Nachmittags-Sitzung referierten über „das Jugendgericht vor, in und nach der Hauptverhandlung“

der Jugendrichter Amtsgerichtsrat Fischer-Berlin und der Jugendrichter Amtsgerichtsrat Allmenröder-Frankfurt a. M.

Fischer weist der Hauptverhandlung die Aufgabe zu, Aufklärung zu bringen über die Persönlichkeit des Jugendlichen, über seine Anlagen, sein Vorleben, seine Umgebung.

Ein kräftiger Ton kam in die Verhandlungen durch das

Korreferat von Allmenröder, der über das in Frankfurt a. M. übliche Verfahren berichtete. Auf Grund der Vernehmungen werde vor der Hauptverhandlung oft dem Staatsanwalt vom Richter nahegelegt, das Verfahren einzustellen.

In der Diskussion empfahl Geh. Sanitätsrat Dr. Laube, die nicht normalen Kinder schon in der Voruntersuchung durch den Arzt begutachten zu lassen.

Im Schlußwort rechneten die beiden Referenten miteinander ab. Fischer erklärte, er fühle sich als Richter dem Gesetz untertan, von dem er nicht abweichen dürfe.

Aus Industrie und Handel.

Der Balkan als Absatzgebiet der deutschen Industrie.

Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte, der auch ein guter Freund sein kann. In dieses Wort wird man erinnert, wenn man das Verhältnis der deutschen Industrie zu Serbien betrachtet.

Kleines feuilleton.

Sven Hedin über Tibet. Am Sonntag hielt Sven Hedin in der Singakademie einen öffentlichen Vortrag über seine letzten Reisen in Tibet, die drei Jahre und drei Monate gedauert haben.

Einmal war aber der Vortragende wirklich witzig, ohne daß seine Hörer es merkten. Wenn man die höfliche, langmütige, entgegenkommende Art betrachtet, mit der tibetanische Beamte den gegen alle ausdrücklichen Verbote wieder ins Land gedungenen Fremdling behandelten, so muß man aufrichtig und ehrlich bekennen: diese Tibetaner sind dem regierenden Durchschnittspreußen unendlich an Kultur überlegen.

Es ist sicherlich schwer, ein der Materie innerlich gleichgültig gegenüberstehendes Publikum für geographische Forschungsergebnisse, die keinen Kurzwert haben, zu interessieren.

Theater.

Neues Theater: „Die Laterne“, Lustspiel von Georges Thurmer. Statt des Schwanks, den der französische

Titel vermuten ließ, erschien zur angenehmen Ueberraschung ein Stück, das auf die Verzeichnung Lustspiel wohl ein Anrecht hatte.

Sehr hübsch ist gleich im Anfang das Verhältnis der beiden Brüder skizziert: des launenhaften, trah egoistischen Lionel, des lebemannes und Frauenliebings, der sich durch strupellose Manöver zum Chef eines der einflussreichsten Sensationsblätter, der „Laterne“, heraufgewunden hat, und des gebiegnen, anpruchsvollen Arbeitsmenschen Eugen.

Wie sich Jaqueline dem braven Vorsehn, ihrem Vetter, in uniger Dankbarkeit verbunden fühlt, und wie sie doch in ihrer Phantasie das glänzende Bild des Bruders nicht vergessen kann, wird in einigen Besprechungen des letzten Aktes fein, in ironisch-tragischer Färbung angedeutet und beleuchtet noch stärker als alles Frühere Schicksal und Gegenfah der beiden Neuchentypen.

Der Kontrast der Brüder kam in dem Spiel der Herren Neuh und Schwaiger lebendvoll und überzeugend zum Ausdruck.

Münchener Theater: Heijermanns sozialer Trauerspiel: Seltens Jagd hatte bei seiner Aufführung im Schauspielhaus freudlichen Erfolg.

nicht das Kind, wohl aber den Tod bei Rettung eines fremden Kindes aus dem Wasser. Er hat also gefehlt, aber die Kranken-schwester, die er liebt, wird nun ihrerseits im Gewissen aufgerüttelt durch diese Tat der Liebe, während sie nur die Worte der Liebe hatte.

Pariser Theater: Das Théâtre Antoine hat ein älteres, aber stark umgearbeitetes Drama von Donnay und Descars: „La Clairière“ (Die Lichtung) wieder in den Spielplan aufgenommen.

Notizen.

Die kunstsinigste Polizei in Schöneberg hat nun doch ein Einsehen gehabt: das Langspiel der Schwwestern Wienenthal im Mozartaale ist gestattet worden.

Der Fall Walden. Herr Walden bestreitet in einer Zuschrift an uns, daß er sich gegen die Bühnengenossenschaft Vertragsverletzungen habe zu schulden kommen lassen und daß seine Entschädigungsforderung (3000 M.) zu hoch gewesen sei.

Eine Saurierexpedition hat das geologisch-paläontologische Institut der Universität Berlin auf zehn Monate nach Deutsch-Ostafrika entsandt. Sie soll Saurier jener ausgestorbener Saurier ausgraben, die Professor Fraas in Kreidezeitlichen Ostafrika entdeckt hat.

Schulden des Mannes. Zweckmäßig ist es, durch notariellen oder gerichtlichen Vertrag das Eigentum der Frau sicherzustellen. — **Verkauf.** — **Rein.** — **N. G. 101.** Rein. Es kann aber nicht strafrechtlich vorgegangen, sondern nur auf Erfüllung des Vertrages geklagt werden. — **M. S. 1.** Die Anerkennung des Darlehens, aber nicht die Verpfändung auf dem Schein ist rechtmäßig, weil eine Niederlage nicht stattgefunden hat. 2. Ja. 3. Ja. — **N. S. 100.** 1. Ja; aber die Ehefrau würde mit Aussicht auf Erfolg die Herausgabe ihres Kindes bei Gericht erwirken können. 2. Ja. — **N. S. 75.** 1. Leider nein. 2. Veranlassen Sie den Konkurrenten zur Erhebung der Klage. — **N. S. 3.** Für den Fall einer Klage würden Sie zur Zahlung des vollen Betrages der Preise voraussichtlich verurteilt werden. — **S. M. und N. M.** Ja. — **N. S. 106.** Der Vri geht vor und hat Anrecht auf den Erlös in der Höhe der rückständigen Rente und eines fernerer Jahresbetrages. — **N. S. 2.** Die Steuern sind noch nicht bezahlt, auch ist die Lohnbeschlagnahme zulässig. — **N. S. 88.** Rein. — **S. N. 50.** Ihnen steht ein Anspruch auf Herausgabe Ihres Vermögens zu. — **Mehringsstraße 9.** Nach der herrschenden Ansicht wäre ein Nachbinnen möglich. — **N. S. 100.** 1. Die Betroffenen sind nicht verpflichtungspflichtig, können aber der Kasse als freiwillige Mitglieder beitreten. 2. Eine solche Klage hätte Aussicht auf Erfolg. — **N. S. 7.** Eine geschiedene Frau ist berechtigt, ihren Familiennamen wieder anzunehmen. War sie vor der Eingetragung der geschiedenen Ehe verheiratet, so kann sie auch den früheren Familiennamen annehmen. Die Wiederannahme des Namens erfolgt durch Erklärung zu Protokoll des Standesbeamten. Die Kosten sind unerheblich.

Wasserstands-Nachrichten.

Wasserstand	am 14. 3.	13. 3.	am 14. 3.	13. 3.
	om	cm	om	cm
Remel, Tübi	181 ³	0		
Bregel, Jüterburg	—3 ³	+4		
Wiesel, Thorn	121 ³	+24		
Ober, Ratibor	123	-7		
Krosen	150 ³	+5		
Frankfurt	196 ³	+6		
Barthe, Schrum	70 ³	+4		
Landberg	44 ³	0		
Rehe, Nordamm	—2	+2		
Elbe, Helmrich	20	+55		
Dresden	-142	+19		
Barby	76	+7		
Magdeburg	78	+10		

+) + bedeutet Hoch, — Fall. — *) Unterpegel. — *) Eisstand.

Wetterprognose für Dienstag, den 16. März 1909.
Wetter hell, aber veränderlich mit leichten Regenschauern, und schwachen nordwestlichen Winden; nachts Frost, am Mittwoch ziemlich milde.
Berliner Wetterbureau.

Künstlicher Marktbericht der städtischen Markthaus-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthäusern. Marktbericht: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Rind- und Hammelfleisch nachgebend, sonst unverändert. Wild: Zufuhr sehr knapp, Geschäft lebhaft, Preise fest. Geflügel: Zufuhr knapp, in Hähnen über Bedarf, Geschäft regt, Preise beständig. Fische: Zufuhr gering, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Gebäck: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise fest.

Witterungsübersicht vom 15. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Wetter	Temp. in °C
Stettin	746	DE	1 Dunst	-6	Dageroda	760	W	2 Schnee	-8
Danzig	747	DE	2 Bewölkt	-4	Petersburg	760	SO	2 Schnee	-7
Berlin	746	SO	1 Nebel	-2	Stettin	749	W	5 wolbig	-0
Frankfurt	742	SO	5 Schnee	-1	Berlin	750	W	1 wolbig	-3
München	744	S	3 Halb bb	-5	Paris	742	SE	3 wolbig	-0
Wien	744	SE	0	0					

Ein gemütliches Heim

verlangt eine schöne Beleuchtung. Verwendet das garantiert rein amerikanische Sicherheitspetroleum

URANIA-SALONOL

und Euer Wunsch ist erfüllt.

Erhältlich in allen Geschäften, wo das bekannte Plakat mit dem Indianerkopf anhängt.

Keine Verwechslung mit österr. (gallisch.) Petroleum.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 16. März.
Königl. Opernhaus, Elektra. (Anfang 8 Uhr.)
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Schauspielhaus. Der Schlagsbaum.
Deutsches Theater. Revolution in St. Petersburg.
Kammertheater. Der Arzt am Scheidewege. (Anf. 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Ill-Geibenberg.
Anfang 8 Uhr.

Lesing. Griselda.
Renee. Die Laterne.
Berliner. Einer von unsere Leut'.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Königliche Oper. Tosca.
Kleines. Potal.
Gebbel. Revolutionshochzeit.
Königliches Schauspielhaus. Im Klubessel.
Reichens. Kümmer dich um Amelie.
Schiller O. (Wagner-Theater.) Rechts herum.
Schiller. Charlottenburg. Komtesse Guckerl.
Friedrich-Wilhelmsstadt. Schauspielspielhaus. Schlagende Wetter.
Wesien. Der tapfere Soldat.
Luisen. Mein Leopold.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelslicht. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Wiese. Wohltäter der Menschheit.
Gospital-Theater. Sherlock Holmes.
Bürgerliches Schauspielhaus. Geschlossen.
Gebrüder Herrnsfeld. Die beiden Bindelbands.
Apollo. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos!
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Haberland. Spezialitäten.
Vasner. Spezialitäten.
Reichshallen. Stuttgarter Sings.
Walhalla. Spezialitäten.
Solles Caprice. Ein lediger Ehemann. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Kasino. Ausland. Spezialitäten.
Wagner. Der gestohlene Reichthum. Das Schwanenfest. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Parodie. Siegel sagell alles. — Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Ordnung 8 Uhr: Prof. Dr. Potonié: Die Entstehung der Kohle und der brennbaren Gesteine überhaupt.

Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Ordnung 8 Uhr: Prof. Dr. Potonié: Die Entstehung der Kohle und der brennbaren Gesteine überhaupt.

Lessing-Theater.
Dienstag 8 Uhr: Griselda.
Mittwoch 8 Uhr: Der König.
Donnerstag 8 Uhr: Griselda.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: Einer von unsere Leut'.
Morgen: Einer von unsere Leut'.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Laterne
(Le Passe-partout).
Donnerstag: Die Laterne.
Freitag: Die fremde Frau.

Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Der tapfere Soldat.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, 16. März, Anfang 8 Uhr:
Schlagende Wetter.
Mittwoch: Dufarensleber.
Donnerstag: Schlagende Wetter.
Freitag, 1. Male: Der große Komet.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Im Klubessel.
Neues Operetten-Theater. Schiffsbauerdamm 55, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr:
Die Dollarprinzessin.
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Hebbel-Theater
Königsgraben Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.
Zum 50. Male:
Revolutionshochzeit.

Residenz-Theater.
— Direktor: Richard Alexander. —
Abends 8 Uhr:
„Kümmer dich um Amelie.“
Schwanke in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, 21. März, nachm. 3 Uhr:
Der Fisch im Ohr.

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Mein Leopold.
Mittwoch: Bis früh um fünf.
Donnerstag: Mein Leopold.
Freitag: Der Fisch im Ohr u. Herr Bag.
Sonnabend: Marie, die Tochter des Regiments.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen.
8 Uhr: Mein Leopold.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Dorf und Stadt.
8 Uhr: Marie, die Tochter des Regiments.
Montag: Mein Leopold.

Gastspiel-Theater.
8. Köpenickerstr. 68. 8.
Zum 533. Male:
Sherlock Holmes

Schiller-Theater.
O. (Schiller-Theater.)
Dienstag, abends 8 Uhr:
Rechts herum.
Schwanke in 3 Akten v. Hans Gaus.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Charleys Tante.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Ein Volksfeind.

Urania.
Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr:
Auf den Trümmern Messinas.
Hörsaal 8 Uhr:
Professor Dr. Potonié: Die Entstehung der Kohle und der brennbaren Gesteine überhaupt.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr
Wohltäter d. Menschheit
Schauspiel in 3 Akten von Philippe. Wochentagspreise.
Mittwoch: Das Warenhaus-Produkt.

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Piann, Thiescher.

Apollo Theater
Der beispiellose Erfolg des März-Programms.
10 Uhr: Alice Norton
8 1/2 Uhr:
Der junge Papa.
Dazu: Die übrigen Spezialitäten. Attraktionen.
Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.

Palast-Theater
Burgstraße 21. 2 Minuten vom Bahnhof Börse.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Ab 10. März:
Das gänzlich neue Elite-Programm.
10 Kunstkräfte
allerersten Ranges.
Schauspiel in 1 Akt.
Vorzugskarten wochentags gültig, zu halben Preisen überall gratis.

Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theatersaal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 18. März 1909:
Das Stiftungsfest.
Schwanke in 3 Akten v. G. v. Moser. Anf. d. Vert. 8. Kassenöffnung 7 Uhr. Sonntag 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz. Freitag, den 19. März: Soiree der Luise'schen Sänger.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Gummistr. 16.
Die Geier-Wally.
Charaktergemälde a. d. Bauernleben. Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
Donnerstag: Benefiz: Adolphi: Spionensüßigkeit.
Sonnabend Extravorstellung: Fari-nelli oder: König und Sänger.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Komtesse Guckerl.
Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan und Franz Koppel-Wefeld.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Karolinger.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater. Vorwerk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Spielplan
Allabendlich:
Die beiden Bindelbands.
Die Original-Klabrias-Partie.
Beide Komödien mit Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.

Wintergarten
Robert Steidl
Liane de Vriès

Lillian Hoerlein!
George Bonhair-Truppe!
La Symphe sowie die hervorragenden Kunstkräfte des März-Programms!

Passage-Panoptikum.
Zum ersten Mal in Berlin die Amazonen-Königin m. ihrer wilden Leibgarde. Das blaue Weib, der Mann in der Flasche!
Papuss
10 Tage und 10 Nächte aufrechtstehend in seinem gläsernen Gefängnis.
Tag und Nacht zu sehen!

Ständige Eisbahn.
Bis 12 Uhr nachts geöffnet.
Konzert und Kunstlaufen.
Theater Variété Brillant
(City-Passage)
Dresdener Str. 52/3 Annahst. 42/3
Täglich: Auftreten von nur erstklassigen Spezialitäten bei günstigem freiem Entree, auch Sonntag. Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung: Or. Freitanz. Kinematograph.

Walhalla
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal. Tor. Anfang 8 Uhr.
Das große März-Programm. 17 schottische Hochländer 17 militärische Übungen und die übrigen Spezialitäten.
Im Tunnel: Jap. Blumenfest. Regimentskap. Theaterfest. ab. fr. Eintritt.

Casino-Theater
Lothringers Str. 57. Täglich 8 Uhr.
Bis Freitag, den 2. April:
Rußland.
Sonnabend, den 3. April:
Zum erstenmal: Ackermann. Sonntag 4 Uhr: Mutter Gräber.

Fröbels Allerlei-Theater.
Schönhauser Allee 148.
Dienstag, den 16. März 1909:
Dorns Rest.
Volksstück in 5 Akten.
von Hugo Schulz.
Kassenöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Zirkus Schumann
Heute, Dienstag, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
!!! Nur kurze Zeit!!!
Obrenovitch Christich Georges Milan
Tiberio
der Held des Tages, als Mäusenbrecher.
Paet, 4heim. Bicycle-Champion.
Adolf und Coco, die Unvergleichlichen.
Das einzig bogende Kanguruh.
Um 9 1/2 Uhr:
Golo, der Seeräuber, mit farbenprächtiger Ausstattung.

Zirkus Busch.
Dienstag, 16. März, ab. 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend.
Um ca. 7 1/8 Uhr:
Konsul Peter!
Der berühmte Menschenaffe!
Um ca. 7 1/10 Uhr:
Herrn Karl Hagenbedes
neueste
Raubtierdressur.
Um ca. 7 1/10 Uhr: Auswanderer.
Vorher außerdem:
Debüt! Monon Pepino mit arabischen Szenen.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72.
Täglich: Franz Sobanski, Genor und Gerad, Grösel-Duo, Jan Rudolphi, Drahtkünstler, Ade 3 Sydberg, Balanc Reubellen: Ernst Grad, Ella Lischou, Bernhard Warr, Lola Gran.
Huckebain & Co.
Schwanke in 1 Akt.
Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 7 Uhr. Donnerstag, den 18. März: Benefiz für F. Sobanski. Anfang 7 Uhr.

Neue Welt
Hasonstraße 108-114.
Täglich:
Gr. Bockbierfest.
Baron Muckls Bauernkapelle. Original-Barmisch-Partenkirchner Sänger und Schachplattler.
Jeden Dienstag und Donnerstag: Sensationelle Prämierungen.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnt. 4 Uhr. Sonnt. 50 Pf.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Steidl
Brückenstr. 2, an der Jannowitzbr.
Täglich 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Die altbekannte Fritz Steidl-Sänger.
Parterre-Kont. Entree frei.
Uridiele Stimmung a la Brady.
Bier-Kabarett u. Berl. Späßen.
Entree frei.

Table with financial data: Aktiva Passiva, Kassa-Konto, Inventar und Wertgegenstände, etc.

Die Zahl der Genossen betrug bei Beginn und am Schluss des Geschäftsjahres 9. Es hat weder Ab- noch Zugang stattgefunden.

Genossenschaftstischlerei Weißensee. Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

MANOLI Cigarettes. Abhas 3 Pfg. Chic 4 Pfg. Gibson Girl 5 Pfg.

Reichel's echter Wacholder-Extrakt Marke „Medico“.

Ein Triumph! CARUSO Zigaretten nur 3 Pfg. per Stück!

Carmen Sylva Cigaretten Beste Qualitäten.

Bei Betten-Anschaffung :: Reinholds :: Patent-Matratze „Primissima“.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5. Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Sozialdemokrat. Wahlverein Bezirk Pankow. Todes-Anzeige. Hugo Prüfer.

Todes-Anzeige. Agnes Mühle geb. Herlich.

Todes-Anzeige. Joh. Mühle.

Todes-Anzeige. Emil Fichtell.

Dr. Schünemann. Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.

Bruch-Pölmann. empfielt sein Lager in Bruchbandagen.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer.

Leihhaus. Gelohnenheitsklausen vorfall. Gold- und Silbersachen.

Jeder Besteller erhält ein Geschenk. Delikatess-Plummen-Mus.

Neu-Erscheinungen: Das theoretische System von Karl Marx.

Zur Reform der Strafprozedur. Von Dr. Hugo Heilmann.

Statistisches Jahrbuch für den preussischen Staat für 1908.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW.

Sozialdemokratisch. Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises. Todes-Anzeige. Franz Rehbein.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Verwaltung Groß-Berlin.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Franz Rehbein.

Paul Heyde. Beerdigung Mittwochnachmittag 3 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Paul Heyde.

Nachruf. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Karl Grusnick.

Freie Volksbühne. Am Sonnabend, den 13. März, verstarb nach kurzem Krankenlager.

Hermann Zinke. Sein aufrichtiger, liebevoller Charakter.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Hermann Rau. an Lungenerkrankung am 14. März im Alter von 48 Jahren verstorben.

Dankagung. Sage hiermit allen Verwandten, Freunden und Bekannten.

Pumpen aller Art für Abzessier und Kesselbrunnen, Jauchepumpen usw.

Passage-Theater. Abends 8 Uhr: Tacianu. Piloty von Kaulbach.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Zum 127. Male: Der Kompaniehall.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog.

1908er Legehühner. edle Hühner, schon häufig legende.

Kuhbutter liefert franks gar naturrein 10 Pfd.-Roll 7.50.

Gewerkschaften! Vereine! Dietrichs Festsäle, Dresdener Straße 116.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger.

In 1 Minute erreichen Sie durch Clio.

Wen's juckt. Zucker's Patent-Medizinal-Seife.

Achtung! Gewerkschaften, Vereine, Fabriken! Voigts Krampenburg, Berlin.

Kredit. Möbel auf Teilzahlung. bei aller kleinster An- u. Abzahlung.

Folies Caprice. Zum 100. Male: Ein lediger Ehemann.

Bürgerliches Schauspielhaus. Schlagwetter. Bergwerksdrama von Paul Dirck.

Sanssouci, Kottbuser Straße 6. Heute Dienstag: Theater-Abend.

Gustav Behrens-Theater. Goltzstr. 9. Der geprellte Rechtsanwält.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Das Schwalbennest. Operette und die übrigen erfrischenden Spezialitäten.

Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen Berlins und der Provinz Brandenburg!

Die neue Lokalliste erscheint Anfang April. Wir erlauben daher, alle Änderungen bzw. Neuaufnahmen bis spätestens Sonntag, den 21. März, an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder gelangen zu lassen: Für den I. Wahlkreis an den Genossen Paul Vartisch, NW, 24, Dörfingstraße 32. Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, S. 53, Barwalderstraße 47. Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, S. 59, Urbanstraße 33. Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, O. 34, Straßmannstraße 20. Für den V. Wahlkreis an den Genossen Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51, Luegerpark. Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henschel, N. 58, Uedermünder Straße 17, II. Für Nieder-Varzin an den Genossen Hermann Elias, Q. 112, Plamenthalstraße 24. Für Teltow-Beeskow an den Genossen Karl Kott, Niddorf, Seelower Straße 15-16, IV. Für Potsdam-Dönhavelland an den Genossen August Paris, Welten, Luisenstraße 17.

Für alle übrigen Orte der Provinz sind Mitteilungen zur Lokalliste durch die Vorsitzenden der Kreise an den unterzeichneten Obmann der Kommission zu richten. Um das rechtzeitige Erscheinen der Lokalliste zu ermöglichen, ersuchen wir die Parteigenossen dringend, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten für Groß-Berlin dem zuständigen Kommissionsmitglied, für die übrigen Orte der Provinz dem Vorsitzenden des betreffenden Kreises zu übermitteln. Ferner weisen wir wiederholt auf den in den Lokalkonferenzen der Lokalliste so oft gefassten Beschlus hin, wonach die örtlichen Kommissionsmitglieder unbedingt verpflichtet sind, vor dem Erscheinen jeder neuen Liste rechtzeitig an den Obmann ihres Kreises einen Bericht einzusenden, gleichgültig, ob Veränderungen vorgelommen sind oder nicht. Orte, aus denen kein Bericht kommt, werden in der Liste nicht weiter aufgeführt und haben sich die betreffenden Genossen die etwa hieraus entstehenden unangenehmen Folgen selbst zuzuschreiben.

Alle nach dem 21. März einlaufenden Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden und ersuchen wir, dies zu beachten. Des weiteren ersuchen wir wiederholt, alle Mitteilungen in Lokalangelegenheiten nur durch die oben genannten Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten und nicht direkt an den „Vorwärts“. Es entstehen hierdurch nur unnötige Verzögerungen, und da die meisten Einsendungen immer erst in letzter Stunde einlaufen, ist, wenn es sich um eine Sperrnotiz handelt (Bergungen in einem gesperrten Lokal), eine Publikation nicht mehr möglich. Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henschel, Berlin N. 58, Uedermünder Straße 17, II.

Vierter Reichstagswahlkreis.

Märzgedanken ist das Thema in fünf Volksversammlungen, die heute Dienstagabend 8 Uhr im Kreise stattfinden und zwar in den Lokalen: Brannerer Friedrichshain; Voelker, Weberstr. 17; Lütjen, Memeler Straße 67; Sandhau, Kottbuser Straße und Urania, Brangelstraße. Der Vorstand erwartet zahlreiches Erscheinen.

Schöneberg. Heute abend 8 Uhr in den Neuen Rathausgalerien, Weininger Straße 8, Volksversammlung. Genosse Reich Zubeil spricht über: Die Frau im politischen Kampf.

Steglitz. Heute abend 8 1/2 Uhr: Öffentliche Versammlung im „Virtenwäldchen“. Frau Klara Wehl spricht über: Die Frau in der Politik. Der Vorstand.

Friedenau. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im „Aheinschloß“, Aheinstr. 60 statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Kurt Heinig über: Die Märztag des Jahres 1848, Ersatzwahlen zum Vorstand usw.

Lichtenberg. Heute abend findet im Lokal der Gebr. Arnhold, Frankfurter Chaussee 5, die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Bezirk Lichtenberg statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Anträge.

Nieder-Schöneweide. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 1/2 Uhr im Lokal „Waldhaus Barbarossa“, Joh. Kolbe, Berliner Str. 81, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem auch Gemeindefragen, Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Die Genossen werden nochmals auf die am 18. März, abends 8 Uhr, stattfindende Märzfeier hingewiesen. Vortrag von Frau Ruben über: Das Leben einer Revolutionärin aus dem Jahre 1848, verbunden mit Rezitation und Gesang. Der Eintrittspreis ist 20 Pf. und sind noch Billetts bei den Bezirksleitern zu haben. Der Vorstand.

Karlshorst. Heute abend: Mitgliederversammlung im „Fürstentad“. Vortrag des Genossen Siebel über: Die deutsche Revolution.

Am 20. März im gleichen Lokale: Märzfeier. Friedrichshagen. Heute abend 8 Uhr findet eine Volksversammlung statt bei Conrad, Friedrichstr. 187. Genosse Reichstagabgeordneter Stadthagen spricht über das Thema: „Deutschland nach unten hin, nach innen hin!“

Schönendorf bei Königs-Wusterhausen. Am Mittwoch, den 17. März, abends 7 Uhr, findet im Vereinslokal der Zahl. abend statt.

Tegel. Heute abend 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei Klippenstein, Spanbauer Straße 4. Tagesordnung: Vortrag über: Die Frau im Klassenkampf. Wahl von Delegierten. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Verschiedenes.

Teltow. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet heute abend 8 Uhr im Lokale des Genossen B. Bonow, Behlendorfer Straße 4, statt.

Spandau. Donnerstag, den 18. März, abends 8 1/2 Uhr große Volksversammlung im Lokal von Fritz Böhle, Habelstraße 20. Tagesordnung: Der achtzehnte März und seine Bedeutung. Referent Redakteur Genosse Bernuth-Berlin.

Potsdam. Am Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, findet in allen Bezirken Zahlabend statt.

Berliner Nachrichten.

Von der Armenpflege in Nothstandszeiten.

Je mehr die Arbeitsgelegenheit sich mindert und die Erwerbsmöglichkeit eingeschränkt wird, desto häufiger und dringender wird von Nothleidenden die Hilfe der öffentlichen Armenpflege angerufen. Das ist eine Erfahrung, die immer wieder gemacht wird, so oft in der Arbeiterbevölkerung der

Nothstand zu außergewöhnlicher Höhe sich steigert. Auch gegenwärtig befinden wir uns wieder in einer Periode, die den Organen der Armenpflege Berlins eine Hochflut von Bittgesuchen gebracht hat.

Der Armenverwaltung war es in den Jahren 1906 und 1907 gelungen, die Zahl der Almosenempfänger durch „strengere Prüfung der Bedürftigkeitsfrage“ herabzubringen. Im Jahre 1908 aber hat die Not einen Strich durch alle Berechnungen gemacht, indem sie zu einer erneuten und sehr erheblichen Mehrung der Almosenempfänger führte. Bis auf 34 219 schwoll die Zahl der Almosenempfänger im Januar 1909 an, während im Januar 1908 nur 33 197 Almosenempfänger unterstützt wurden. Die Aufwärtsbewegung trat deutlich schon im Frühjahr 1908 hervor. Im Januar, Februar, März 1908 blieb die Zahl der Almosenempfänger mit 33 197, 33 156, 33 244 noch unter derjenigen aus denselben Monaten von 1907 mit 33 532, 33 494, 33 375. Aber vom April ab kehrte sich das Verhältnis um, und von da an haben sämtliche Monate des Jahres 1908 mit einem Mehr an Almosenempfängern gegenüber denselben Monaten des Jahres 1907 abgeschlossen. In den zehn Monaten von April bis Januar (folgenden Jahres) wurden unterstützt im Jahre 1907: 33 203, 33 212, 33 082, 33 240, 33 190, 33 172, 33 274, 33 139, 33 106, 33 197 Almosenempfänger, aber im Jahre 1908: 33 338, 33 311, 33 392, 33 472, 33 366, 33 566, 33 699, 33 971, 34 069, 34 219 Almosenempfänger.

Wir haben Grund zu der Vermutung, daß in der Armenverwaltung unserer Stadt an leitender Stelle diese in 1908 erneut eingetretene Aufwärtsbewegung entweder überhaupt nicht beachtet oder mindestens unterschätzt worden ist. Befindet man sich dort in dem Maße, die in 1906 und 1907 allmählich zustande gebrachte Abwärtsbewegung dauere noch an? Oder hofft man, daß die Flut schon in aller nächster Zeit sich wieder eindämmen lassen und zum Stillstand kommen werde? Bereits in unseren Betrachtungen über das Armenwesen im neuen Stadthaushaltetat haben wir darauf hingewiesen, daß in dem Etat für 1909 der Gesamtbetrag der an der Almosenempfänger zu zahlenden Unterstützungen niedriger angesetzt worden ist, als im Etat für 1908. Da in den dem Etatentwurf beigegebenen Erläuterungen zu diesem Ausgabenposten ausdrücklich hervorgehoben wird, daß „die ungünstige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Steigerung der Lebensmittelpreise höhere Unterstützungen erforderlich machen werden“, so bleibt nur die Annahme übrig, daß in der Armenverwaltung schon für die allernächste Zeit eine erneute Minderung der Almosenempfänger erwartet wird.

Man komme uns hier nicht mit der billigen Weisheit, daß bei Etatsaufstellungen eben der Durchschnitt aus den drei letzten Etatentwürfen berücksichtigt werde. Nach dieser Schablone einen Etatentwurf zurechtzumachen, ist eine Aufgabe, die vom dienstjüngsten Schreiber des Rathauses, ja fast von jedem Schuljungen gelöst werden kann. Außergewöhnliche Verhältnisse erfordern aber, daß man sich von der Schablone frei macht und entsprechende Maßnahmen trifft. Die Armenverwaltung hat bei den Unterstützungen für Almosenempfänger ein Mehr von vornherein nicht für nötig gehalten — und den freisinnigen der Stadtverordnetenversammlung da noch die Bewilligung eines Mehr zumuten zu wollen, das wäre ein ausichtsloses Beginnen gewesen. Die Gewährung der „höheren Unterstützungen“, die durch die ungünstige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Steigerung der Lebensmittelpreise erfordert werden, ist bei der möglichen Höhe des Gesamtbetrages nur möglich, sofern tatsächlich die Zahl der Almosenempfänger nicht weiter steigt, sondern heruntergeht. Wenn sie nicht auf natürliche Weise heruntergeht, so wird sie durch notgedrungene Nachhilfe heruntergedrückt werden müssen.

Genosse Rehmlein

Er ist ganz unermutet im blühendsten Mannesalter hinweggerafft worden. Rehmlein war von Beruf Landarbeiter. Als er an der Dreschmaschine den rechten Arm verlor, sah er sich, der damals bereits eine starke Familie zu ernähren hatte, genötigt, einen anderen Beruf zu suchen. Nachdem er eine Zeitlang als Zeitungsausdräger von dem Kieler Parteiblatt beschäftigt worden war, wurde ihm, da er sich durch eifrige Betätigung an der Parteibewegung hervorgetan hatte, die Zeitungspolportage für das Industriedorf Überbeck bei Kiel übertragen. Hier stellte er seine Kraft und nicht gewöhnliche Intelligenz mehrere Jahre lang in den Dienst der Partei. In der gleichen Eigenschaft als Polporteur und Lokalforspendent des Kieler Parteiorgans kam er dann nach Elmshorn, von dort im Jahre 1901 nach Berlin, wo er als Berichterstatter bis zum Jahre 1907 für den „Vorwärts“ tätig war. Nach seinem Abgange vom „Vorwärts“ war er bei der Berliner Gewerkschaftskommission als Hilfsarbeiter beschäftigt. — Der früh Verstorbene war ein typisches Beispiel für die im Proletariat schlummernde Bildungsfähigkeit. Mit eisernem Fleiß und äußerster Energie arbeitete sich der ehemalige Landarbeiter zum Journalisten empor, obwohl ihm schon seine Verarmung, der Verlust des rechten Armes, rein körperlich die größten Schwierigkeiten bereitete. Sein frühes Hinscheiden ist um so bedauerlicher, als Rehmlein seine Fähigkeiten und Kenntnisse wahrscheinlich im Dienste der proletarischen Landarbeiterbewegung, die ihm besonders am Herzen lag, mit Erfolg hätte verwerten können.

„Frauenvereine“ Verein Aufholten. In die Geheimnisse der katholischen Vereinswelt führt ein dem Vereinsdirektor der „Märkischen Volkszeitung“ wieder mal durch die Finger gerissener Bericht über den katholischen Geseleverein „Zentrum“ tiefen Einblick tun. Es ist ja allgemein bekannt, daß die katholische Geistlichkeit in Berlin die Vereinsbrüder vollständig an der Strippe hat. In dem vorliegenden Falle werden sogar die Erwachsenen wie unmündige Kinder behandelt und auf Kommando an die Kommunionbank geführt. Der betreffende Vereinsbericht macht nämlich öffentlich bekannt, daß diejenigen Mitglieder, welche der „öffentlichen Pflicht“ nicht genügen und nicht den Nachweis erbringen, daß sie zum Abendmahl gegangen sind, laut Statut aus dem Verein ausgeschlossen werden. „Nach der Predigt finden sich die Mitglieder im Vereinslokal zur Kaffeetafel zusammen.“ Geht noch der Zusatz — „und zur Theatervorstellung mit Lang“, wobei der Hochwürdige die Polonaise aufstellt! Den Nachweis der Beteiligung an der Kommunion erbringen ist übrigens gut. Unschere Kantontisten müssen es schon sein, daß man den Abendmahlzwang ausdrücklich im Vereinsstatut festnagelt. Da darf man sich allerdings nicht wundern, daß die Berliner katholischen Geselevereine, wie nützlich die „Märkische“ ebenfalls ausplauderte, in zwei Jahren um mehr als ein Drittel in ihrer Mitgliederzahl zurückgegangen sind.

Ein Arbeiterinnenheim ist vom Verein Frauenwohl auf dem Grundstück Alt-Moabit 39 errichtet und am Sonntag eingeweiht

worden. Das Heim besteht aus einem vierstöckigen Hause mit vierzehn Fenstern Front, hat etwa 80 Zimmer und soll, um dem Schlafstellenmangel entgegenzutreten, ungefähr 100 jungen Fabrikarbeiterinnen Wohn- und Schlafgelegenheit bieten, wofür monatlich nur 5-10 M. zu entrichten sind. Eine dem Heim angegliederte Koch- und Haushaltungsschule soll junge Mädchen des Arbeiterstandes zur Wirtschaftlichkeit erziehen. In der Kochschule wird auch der Mittagstisch für die Arbeiterinnen (Portion 35 Pf.) zubereitet. Das Heim besitzt ferner eine Bibliothek, eine schöne Pflanzenhalle mit dreier Hostierasse und einen Garten. Die große Kaffeestube des Heims ist auch den Männern geöffnet. Sonntags finden Unterhaltungsabende statt. Eine Anzahl Zimmer sind für den Aufenthalt von Damen bereitgestellt, welche sich dem Studium sozialer Frauenarbeit an der Quelle widmen wollen. Die Oberleitung des Heims liegt in den Händen des auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und Haushaltungslehre bewährten Fräuleins Valderfer.

Smaroker.

Und wird geschrieben: „Meine Berufsgefühle bringen es mit sich, daß ich jeden Tag die Stadtbahn von Baumhuldenweg bis Jannowitzbrücke benutze. Mit dem gleichen Zuge fährt in der Regel auch der Geistliche des genannten Vorortes. Am gefirgigen Tage benutzte derselbe mit mir dasselbe Abteil. Kurz vor der Abfahrt des Zuges drängte sich noch ein Mann in den Wagen und verlor die Fahrkarte nahe zu kommen. Dieses gelang nicht so bald, weil dieser sich mit einer Dame bis Treptow unterhielt. Kaum hatte dieselbe jedoch den Wagen verlassen, da drängte sich die Gestalt auch schon dem Pfarrer in der widersärtigen Weise auf. Der Mann stellte sich als arbeitsloser Metallarbeiter vor, der wegen seines christlichen Glaubens keine Arbeit bekommen könne. In Nieder-Schöneweide wären die Rollen so stark vertreten, daß dort ein Christ, der aus seiner Bestimmung kein Hehl mache, nicht arbeiten könne. Der schlimmste Terrorismus würde gegen ihn geübt. Seitdem einige Tage 1-2 Jahre Gefängnis wegen Terrorismus erhalten hätten, seien diese etwas vorsichtiger geworden, aber man verfolge die christlichen Arbeiter und ihn insbesondere auf Schritt und Tritt. Der Herr Pfarrer möge doch versuchen, ihn in Baumhuldenweg in einem Betriebe unterzubringen. Dem Geistlichen schien die Unterhaltung ersichtlich recht unangenehm zu sein. Er erklärte dem Manne recht deutlich, daß doch seine Bestimmung nichts mit dem Arbeitsverhältnis zu tun habe, daß in der gegenwärtigen schweren Zeit jeder Arbeiter froh sei, Beschäftigung zu haben und sich kaum dazu hergeben würde, dadurch seine Arbeit aufs Spiel zu setzen, daß er in der Weise, wie geschildert, vorgehe. Ferner würde ein Arbeitgeber einen christlichen Arbeiter, wenn dieser seine Arbeit verstände, doch nicht in erster Linie entlassen!

Der „Christ“ schien zu glauben, daß er sich noch dringender empfehlen müsse, denn er fing nun an zu schimpfen auf die Pfarrer, die Streikakt des Buchbinderverbandes, die Führer der Rollen usw. usw. Am Schluß dieser Rede wiederholte er dann seine dringende Aufforderung für Arbeit zu sorgen noch einmal, worauf er von dem Geistlichen eine Antwort nicht mehr bekam. Dieser verließ im Sturm das Abteil, anscheinend froh, den widerlichen Menschen los zu sein. Ein Musterbeispiel, wie die Gewerkschaftskritiker arbeiten! Ich habe mich zwingen müssen, dem Vorleser nicht gehörig die Meinung zu sagen. Aber wie man diese Sorte Leute kennt, wäre dann wieder ihre bekannete Terrorismandgefahr angeklammert worden. Darum läßt man die widerliche Gesellschaft laufen, hängt aber ihr Verhalten niedriger.“

Zum Fall Jahndrich teilt die „Freisinnige Zeitung“ mit: „Der frühere Stadtd. Jahndrich in Berlin hat belamisch vor Gericht behauptet, daß er die 300 M., die er zu unrecht angenommen hat, dem freisinnigen Wahlfonds angeführt habe. Angesichts der nichtmündigen Angriffe, die infolge dieser Behauptung von gegnerischer Seite gegen die Freisinnigen gerichtet worden sind, erscheint eine Aufklärung, wo die 300 M. geblieben sind, dringend erforderlich. Herr Jahndrich hat die Pflicht, zu erklären, welcher freisinnigen Organisation er die Summe angeführt haben will. Auf Erwidigungen bei den in Betracht kommenden freisinnigen Organisationen haben wir bis jetzt einmütig erfahren, daß nirgends von Herrn Jahndrich der genannte Betrag eingegangen ist. Sollte Herr Jahndrich nicht selbst Aufklärung geben, so wird auf dem in nächster Zeit stattfindenden Berliner Parteitag versucht werden, Klarheit zu schaffen.“

Weiter bemerkt die „Freis. Jtz.“ zu unserer Äußerung, daß es gerade die gewesen sei, die bei Verfehlungen einzelner Angehörigen einer Partei die Laski verfolgt habe, die betreffende Partei in ihrer Gesamtheit für derartige Verfehlungen verantwortlich zu machen, daß diese Behauptung eine Unternehmung sei und sie hierfür von uns den Beweis erwarte. Die „Freisinnige“ soll nur einige Monatsbände ihres eigenen Organs durchblättern und sie wird finden, daß mehr wie einmal der Umstand, daß ein armer Teufel in seiner Not sich an ihm anvertrauten Geldern von Arbeitsbrüdern vergriß, von ihr unter dem Rubrum: „Unterdrückung sozialdemokratischer Kassenbeamten“ hämisch glossierend gebucht wurde.

Polizeilich angeklagt wurde eine Versammlung des Polnischen Gewerkschaftsverbandes, welche in einem Lokale in der Großen Frankfurter Straße stattfanden sollte. Der überwachende Beamte verlangte, daß die Verhandlungen in deutscher Sprache erfolgen, worauf der Einberufer erklärte, daß diese Forderung im neuen Vereinsgesetz nicht begründet sei, da es sich nicht um eine öffentliche Versammlung, sondern die Vereinsversammlung eines gewerkschaftlichen Verbandes handle. Als die Verhandlungen in polnischer Sprache begannen, löste der Beamte die Versammlung auf, mit der Begründung, daß die Behörde die öffentlich im hiesigen Polenblatte angekündigte Versammlung, zu der auch Nichtmitglieder Zutritt haben, als öffentliche Versammlung im Sinne des Vereinsgesetzes ansehe und daher auf dem Verlangen, daß deutsch verhandelt werde, bestehen müsse. Der Einberufer wird gerichtliche Entscheidung beantragen.

Der Schauplatz eines Revolvententats war Sonntag früh das Lokal der Witwe Anna Schreiber in der Schornhorststraße 5. Dort erschien kurz nach 7 Uhr der 20jährige Handwerksknecht Alois Gangler, der erst vor einigen Tagen aus Budapest zugereist ist und sich in dem Hotel „Oldenburger Hof“ Student Alois v. Lichtenfels nannte, und feuerte ohne jeden Vorwandel zwei Revolventschüsse auf die 20jährige Stieftochter der Witw. Ursula Sade-water, ab. Während das Mädchen schwerverletzt in dem Lokal liegen blieb, ergriff der Attentäter die Flucht. Nachdem er einige Stunden planlos in Berlin umhergeirrt war, stellte er sich der Polizei selbst.

Einbrecher mit Chloroform machten am Sonnabend in der Kleinen Rosenthaler Straße 11 eine erhebliche Beute. In diesem Hause hat der Großdeputierte Franz Bödel aus der Rosenthaler Straße 67, ein Mann von 43 Jahren, keine Privatwohnung. Bödel pflegt nachmittags ein paar Stunden zu schlafen. Als er vorgestern abend um 9 Uhr noch nicht wieder ins Geschäft gekommen war, sandte man seine Tochter nach der Wohnung, damit sie einmal nachsehe. Das Mädchen fand die Tür mit einem Nachschlüssel geöffnet und in der Wohnung alles durcheinandergerissen. Bödel lag im tiefsten Schlaf im Bette. Hausgenossen rüttelten ihn zwanzig Minuten lang, bis er endlich aufwachte. Dann bekam er heftiges Erbrechen, das sich 1 1/2 Stunden lang wiederholte. Ein Arzt stellte nun Chloroformvergiftung fest. Einbrecher hatten den Mann betäubt und ihm aus der Hosentasche ein Portemonnaie mit tausend Mark in Papier, Gold und Silber gestohlen. Außerdem hatten die Verbrecher drei goldene Uhren und Ketten von der Frau, der Tochter und der Verkäuferin Frau Selene Benzlaff und fünf goldene Armbänder erbeutet. Die Täter sind wahrscheinlich zwei Männer und ein Frauenzimmer, die um 8 1/2 Uhr das Haus ver-

liehen. Kurz vorher hatte eine Arbeiterfrau gesehen, die im Hofe einen Stuhl höher hinstellte gegenüber wohnt, in dessen Wohnung Licht leuchtet.

Vom Berliner Rettungswesen.

Der Ausschuss, der sich mit der Neugestaltung des Berliner Rettungswesens beschäftigt, tagte gestern Abend. Die von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Ausschusses gestellten Anträge gelangten zur Annahme. Demnach wird

1. Der ärztliche Nachdienst mit 10 M. bezahlt, während die Magistratsvorlage nur 8 M. gewähren wollte.

2. Jedem Hilfsbedürftigen ist auf den Wochen die erste Hilfe zu leisten. Es soll dadurch verhindert werden, daß Zustände a la Köln eintreten, wo sich bekanntlich die Ärzte geweigert hatten, Hilfe, auch gegen Bezahlung, zu leisten.

3. Die bisher den Krankenkassen gewährten Sätze bleiben bestehen. Der von unseren Genossen gestellte Antrag auf Bildung eines Sanatoriums, dem Vertreter der Krankenkassen als Deputierte angehören müssen, wurde mit 8 gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Die Verhandlungen werden nächste Woche fortgesetzt.

Einem großen Bettelsschwindel hat die Kriminalpolizei ein Ende gemacht. Unzählige mitleidige Menschen erhielten in der letzten Zeit eine „herzliche dringende Bitte“ durch die Post zugewandt. Dieser Aufruf, der in beweglichen Worten das Elend eines Unterstüßungsbedürftigen schildert, ist unterzeichnet von Pastor Kortz von der Sophiengemeinde, Frau v. Wärenfels-Barnow, geb. Wästin v. Deynhausen, und Landgerichtsrat a. D. Niemi. Wie sich jetzt herausstellt, ist mit der Untauglichkeit der Unterzeichner schwerer Betrug getrieben worden. Die ganze Erzählung von dem Unglück des Mannes ist Schwindel. Der Unterzeichner des großen Hauptzuges ist ein gewisser Düsing, angeblich ein verkränkter Gürtelbesitzer in Mecklenburg. Helfershelfer war ein mehrfach bestraffter Arbeiter Paul Gley vom Elisabethufer 59.

„Romanik in Musik und Dichtung“. So lautete das Leitmotiv zu dem Vortragsabend, den der Sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis am letzten Sonntag in Preyers Festsaal veranstaltete. Der Hauptakt des Programms, dessen dichterisch-registrierischen Teil mit Poesien von Freiligrath, Heine und Karl Hensell, Eduard v. Winterstein übernommen hatte, beruhte auf musikalischen Reproduktionen. Hierzu hatte sich Leo Reitenberg mit trefflichen Instrumental- und Gesangskünstlern verbunden. So hörten wir Anni Bremer wieder verschiedene Meister der romantischen Epoche und folcher aus der Gegenwart singen, und zwar mit verständnisvoller Anpassung an deren Stilcharakter in einer wohlthuenden freien Vortragweise. Sehr willkommen zu heißen ist das Vermögen, Werke der „Romantik“ vorzuführen, um hierdurch auch dem Proletariat die intimsten aller musikalischen Genüsse zugänglich zu machen. Beethoven's tödlich klare „Fühlungs-Sonate“ — für Klavier und Geige — gab den stimmungsvollen Grundakkord. Dann folgte Frédéric Chopin, der große Romantiker auf dem Klavier. Erst bekamen wir, von Reitenberg interpretiert, Chopin's poetischgewaltige „Ballade“ zu hören; dann eine seiner „Polonaisen“ für Klavier und Violoncello. Den Beschluß machte das „zweite Trio“ von Felix Mendelssohn-Bartholdy. Die Herren J. Mitnik (Violine) und Marie Soemenion (Violoncello) verstanden es, im Zusammenspiel mit Reitenberg, und einen köstlichen Ohrenschmaus zu bereiten. Nicht minder freut es uns aber auch, konstatieren zu dürfen, daß das Interesse an wirklichen Kunstdarbietungen in den Kreisen der Arbeiter wächst und sich ausbreitet.

Die Uhr im Briefkasten. Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 30. Januar d. J. ist in einem Postbriefkasten eine goldene Zylinderremonteur-Damenuhr mit der Nr. 83 284, die vermutlich gestohlen war, gefunden worden. Mitteilungen erteilt die Kriminalpolizei zu den Adressen 1026, IV. 30. 09.

Radrennen in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten, 14. März. Die Rennen des Sonntags erfreuten sich einer sehr guten Besetzung. Der „Große Winterpreis“, gestiftet vom Verleger „Mühne und Sport“ mit Preisen von 200, 100, 60, 30 M. und einem Ehrenpreis im Werte von 50 M., wurde von 12 Fahrern bestritten, unter ihnen auch der Australier Clark, dem der Ruf als zurzeit bester Fahrer vorausgeht; ihm standen der Franzose Poulain, der Hannoveraner Henri Mayer und der bekannte Willi Arend gegenüber. Clark gewann überlegen mit 10 Längen vor Poulain, dem dichtauf Mayer folgte; Arend hatte auf seiner Ehrenrunde zuteil. In den Vorläufen ausgeschieden: Teglass, Scheuermann, Wegener, Peter, Fr. Hoffmann, Rudels, Stabe, Fedmer. — 10 Kilometerrennen ohne Führung für Fahrer der Klasse B. 50, 30, 20, 10 M. 1. Sterba; 2. Vogt, 3. Steum, 4. v. Kogner. Führungspreise bei jedem Kilometer gewonnen Vogt, Thien, Rowad (4), Saldow (2), Steum (2). Acht Fahrer endeten unplatziert. In den beiden Vorläufen über je 6 Kilometer 24 Fahrer, von denen je die sechs Ersten in den Endlauf kamen. — Den Schluß bildete ein 30 Kilometerrennen mit Motor-Schrittmachern, 1500, 1000, 500 M. 1. R. Theile in 38 Min. 20¹/₂ Sek., 2. H. Nijer, 2¹/₂ Minuten; 3. Kobl, 2¹/₂ Minuten zurück. Theile zeigte sich seinen Gegnern überlegen; beim Ablassen hinter Nijer und Kobl an dritter Stelle fahrend, holte er zusehends auf, ging zuerst an Kobl und in der 28. Runde auch an Nijer vorbei; er behauptete bis zum Schluß unangefochten die Spitze und überholte seine Gegner zweimal. Auch in den Vorläufen zeigte sich Theile als ein hervorragend guter Fahrer; trotz des Wechsels seiner Maschine infolge Reissens und eines Verlustes von zwei Runden gegen Stahlbrin machte er seinen Verlust wieder gut; Stahlbrin, dessen Führungsmaschine zum Schluß verlagte, hatte aufgegeben.

Gestern, abends 10 Uhr, begann das Sechstages-Rennen, das ohne jede Unterbrechung Tag und Nacht gefahren wird und das am nächsten Sonntag, abends 10 Uhr, endet. 32 Fahrer bestreiten das lange Rennen; je zwei bilden eine Mannschaft, von der ständig ein Fahrer tätig sein muß. Die Ablösung kann beliebig oft erfolgen. Außer unseren besten deutschen beteiligten sich auch französische und amerikanische Fahrer an dem aufregenden Kampfe. Die Starterliste ist folgende: Althoff-Contad, Arend, Rosenlöcher, Vrocco-Bassierin, Catapezzini-Pompe, Contenel-de Varg, Feiny-Hoffmann, Gebrüder Jockelin, Rudels-Stabe, Mac Farland-Moran, Peter-Tommy Hall, Poulain-L. Georget, Kobl-Theile, Nijer-Scheuermann, Stahlbrin-Teichner, Stol-Verthes, Ladewald-Rudel. Am Schluß des Rennens werden wir einen Bericht über den Verlauf desselben bringen.

Bei der Versammlung im Fernpaß am Sonntag hat ein Arbeiter sein Portemonnaie mit 9,75 eingebüßt. Der ehrliche Finder wird gebeten, seine Adresse an die Expedition des „Vorwärts“, Laufsteg Platz, gelangen zu lassen.

Im Zirkus Busch werden seit Sonnabend Karl Hagenbeds neueste Raubtierresurrektion gezeigt. Der Dompteur Schilling führt acht prächtige Löwen und fünf große Eisbären vor und stellt damit die verschiedensten Gruppen.

Zeugeneinsatz. Personen, die am Mittwoch, den 10. März, abends 9¹/₂ Uhr, abgehen haben, wie ein Arbeiter, der eben vom Omnibus (Linie 24) abgestiegen war, an der Ecke Esplaner- und Gartenstraße von einer Automobilbrigade überfahren und so schwer verletzt wurde, daß er nach dem Krankenhaus gebracht werden mußte, werden um Abgabe ihrer Adressen ersucht an Willi Nigte, Quistensstr. 7.

Mittelfeuer in Berlin SO.

Durch die Meldung „Mittelfeuer“ wurden sechs Löschzüge der Berliner Feuerwehr gestern Abend gegen 9 Uhr nach der Rüdeler

straße 24 gerufen. Auch Branddirektor Reichel eilte sofort vorhin. Wie sich herausstellte, wütete ein gefährlicher Brand in der Berliner Jalousiefabrik von J. Wostaller. Die Firma hat ihre Arbeits- und Lagerräume in den drei Stockwerken des Quergebäudes und Seitenflügels und stellt vornehmlich Stab- und Rolljalousien, sowie Türüberdachungen her. Der Brandherd lag im Erdgesch. Von hier hatten die Flammen durch den Transmissionskasten einen Weg nach den oberen Etagen gefunden. Als die Feuerwehr den Löschangriff eröffnete, fanden schon alle drei Stockwerke teilweise in Flammen. Die Rohrleiter hatten einen schweren Stand, da sich eine starke Verqualmung geltend machte. Erst nachdem dem Rauch einigermaßen Abzug verschafft worden war, konnte dem Feuer wirksam begegnet werden. Es dauerte etwa eine Stunde, bis die Gefahr als beseitigt gelten konnte. Im ganzen wurde mit fünf Schlauchleitungen Wasser gegeben. Alle drei Etagen haben durch Feuer und Wasser stark gelitten. Mit den Aufräumungsarbeiten hatte die zweite Kompanie der Feuerwehr noch die Winternacht am Brandplatz zu tun. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist zwar sicheres noch nicht ermittelt, doch wird Brandstiftung vermutet.

Feuerwehrbericht. Vorfällig mit Petroleum begossen und dann angezündet wurden in der letzten Nacht Kartons usw. in einem Schuhwarengeschäft in der Stolpische 42. Der Zug aus der Oberberger Straße war schnell zur Stelle und es gelang die Flammen aus ihren Herd zu beschränken. Die benachrichtigte Polizei hat mehrere Personen festgenommen, aber später wieder entlassen. Gleichzeitig um 1 Uhr nachts wurde die Feuerwehr nach der Urbanstr. 157 gerufen, wo sie mit Erfolg einen Sauerstoffapparat zur Rettung einer schwerkranken Person benutzte. Völlig willig wurde die Feuerwehr nach dem Alexanderstr. 110 alarmiert. Der 17. Zug war schnell nach dem Meppelplatz ausgerückt, konnte dort aber keine Gefahr entdecken. Der Täter ist nicht ermittelt. Zwei Kellerbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Elbinger Straße 89 und Weinmeisterstraße 14, wo Lumpen, Papier, Späne, Stroh usw. brannten. Der 15. Zug hatte in der Klopffeldstr. 36 zu tun; dort war aus Unvorsichtigkeit ein Brand entstanden. Ein gefährlicher Brand, der in einer Kucherei ausgebrochen war, beschäftigte den 5. Zug längere Zeit in der Köpenicker Str. 30. Wegen eines Wohnungsbrandes wurde die Feuerwehr nach der Fieberfelder Str. 9 alarmiert.

Wegen eines Atelierbrandes wurde am Sonntagmorgen um 5 Uhr der 19. Zug nach der Röhrenstr. 19 alarmiert, wo das Atelier von Zander u. Labisch in Flammen stand. Diese hatten dort schnell Räumung gefunden, so daß die Feuerwehr tüchtig Wasser geben mußte, um die Gefahr zu beseitigen. Verbraucht sind besonders photographische Papiere.

Vorort-Nachrichten.

Rigorf.

In drei außerordentlichen Sitzungen, und zwar am Mittwoch, den 17., Donnerstag, den 18., und Freitag, den 19. März, wird die Stadtverordnetenversammlung sich unter anderen wichtigen Gegenständen mit den Beratungen des Etats beschäftigen.

Nieder-Schönhausen.

Mit der Durchberatung des Etats hatte sich die letzte Sitzung der Gemeindevertretung zu beschäftigen. Bürgermeister A. B. a. h. a. m. gab zum Etat selbst einen kurzen Überblick über die finanzielle Lage der Gemeinde. Die wirtschaftliche Krise habe ihre Wirkung auch auf die hiesigen Verhältnisse nicht verschont und werde der Ueberschuß in diesem Jahre geringer sein und etwa 1000 M. betragen. Die Schulverwaltung sowie die Straßeneinigung erfordern immer höhere Kosten, es seien jetzt 100 000 M. durch neue Steuern zu decken. Um das Risiko zu decken, müsse die Grundsteuer erhöht werden, wenn von einer Erhöhung der Gemeindefinanzkraft Abstand genommen werden soll. Ferner wies er darauf hin, daß der Ausgleichsfonds in diesem Jahre erhalten bleibt. Der Voranschlag weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1 491 100 M. auf (im Vorjahr 1 116 200 M.) somit ein Mehr von 374 900 M. Die Einzelheiten gestalten sich folgendermaßen:

A. Ordentliche Verwaltungen: Allgemeine Verwaltung: 63 000 M. Einnahme, 167 900 M. Ausgabe; Steuerverwaltung: 435 000 M. Einnahme, 43 900 M. Ausgabe; Straßerverwaltung: 11 200 M. Einnahme, 111 300 M. Ausgabe; Armenverwaltung: 9500 M. Einnahme, 28 100 M. Ausgabe; Volksschulen: 10 300 M. Einnahme, 158 200 M. Ausgabe; Höhere Mädchenschule: 11 500 M. Einnahme, 22 500 M. Ausgabe; Höhere Knabenschule: 4600 M. Einnahme, 9000 M. Ausgabe; Friedhofsverwaltung: 6500 M. Einnahme, 8900 M. Ausgabe.

B. Betriebsverwaltungen: Wasserwerk: 83 000 M. Einnahme und Ausgabe; Kanalisation: 168 400 M. Einnahme und Ausgabe.

C. Außerordentliche Verwaltung: 698 000 M. Einnahme und Ausgabe.

In den Armenetat wurden wieder 600 M. für die Berliner Ferienkolonie eingestellt, dafür sollen bedürftige Kinder aus der Gemeinde Aufnahme finden. Für die Kollas- und Schulbücherei sind je 100 M. mehr eingesetzt worden. Weitere Mittel für soziale Einrichtungen sind in dem Etat nicht enthalten. Die Kosten der Amtsverwaltung, welche 29 477 M. betragen, sind um 3000 M. höher veranschlagt, jedoch soll diese Position so bleiben, da an die Große Berliner Straßenbahn 6000 M. Steuern zurückbezahlt werden müssen, die im Jahre 1901 zu viel erhoben wurden. Bezüglich der Amtsverwaltung wurde die Anfrage gestellt, ob sich durch die Amtsniederlegung des Amtsvorstehers die Kosten verringern. Hierzu bemerkte der Bürgermeister, daß die Kosten sich um 2400 M. verringern, wenn seine Person zum Amtsvorsteher ernannt werden sollte, da dann das Gehalt des Amtsvorstehers in Wegfall kommt. Ueber die zu erhebenden Steuerzuschläge entspann sich eine lange Debatte, in der die meisten Redner der Ansicht sind, es sei bei dem 120 prozentigen Gemeindeeinkommensteuerausgleich zu belassen. Da eine Einigung in dieser Frage nicht erzielt werden konnte, wurde die weitere Beratung des Etats vertagt. Hierauf wurde noch die Abänderung der Grundsteuerbeschlüsse, es werden erhoben für bebauten Grundstücke 2¹/₂ und für unbebaute 5 pro Mille.

Sichtwale.

Die Stühwahl zur Gemeindevertretung beschäftigte am Sonntag eine öffentliche Versammlung des Grundbesitzer- und Verschönerungsvereins. Von mehreren bürgerlichen Rednern wurde den unabhängigen Wählern empfohlen, in der Stühwahl für unseren Genossen Alrich einzutreten. Auch von mehreren Genossen wurde darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, einen Mann zu wählen, der in der Gemeindevertretung nicht seine persönlichen Interessen vertritt, sondern die Interessen der Allgemeinheit wahrnimmt. Hoffentlich setzen die in der Versammlung den Ausführungen Beifall zollenden bürgerlichen Herren ihre Sympathie am Wahltage in die Tat um.

Notawes.

Aus der Gemeindevertretung. Die Einführung und Verpflanzung des Genossen Hähnchen, welcher an Stelle des Genossen Gomoll zum Gemeindevertreter gewählt worden ist, erfolgte in der am Freitag stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung. Dem vorgelegten Kostenverteilungssplan für die Pflanzung der Lindenstraße gab die Vertretung ihre Zustimmung. Danach betragen die Gesamtkosten für die Pflanzung 171 600 M., wovon jedoch abzuziehen sind ein Beitrag des Kreises von 30 208 M., dazu der Wert des über den normalen Trottoirstreifen vorhandenen Pflanzpflanzers, welches den Anlegern, vor deren Häusern das Pflanztag, zum halben Wert wieder in Anrechnung gebracht wird, von 264 M., sowie des verwendeten alten Einfahrtspflanzers von 65 M., so daß eine Summe von 135 108 M.

zu decken bleibt, wovon auf die Anlieger 50 Prozent, gleich 67 553 M. zur Verteilung kommen; es beträgt der Anliegerbeitrag für das laufende Peter 28,44 M., für die Einfahrten bei Nebenpflanzern 31,79 M., bei Doppelpflanzern 8,88 M. — Bei der Beschlussfassung über Entgegennahme der Aufstellung des von der Gemeinde gefassten Preisgeldes Grundstücks in der Kreuzstraße fragte Genosse Grub, was nun mit dem Hause geschehen soll, worauf der Bürgermeister erklärte, daß darüber noch nichts beschlossen werden könne, da die Gemeinde erst wissen müsse, welche Anforderungen das neue Verberbesolungs-gesetz an die finanziellen Mittel der Gemeinde stelle. — Der vorgelegte Vertrag zwischen der Gemeinde und den Separationsinteressenten im Reuendorfer Ortsteil auf kostenlose Ueberreinigung sämtlicher Gräber der letzteren an die politische Gemeinde wurde genehmigt.

Die nun folgende Besprechung über den Bau eines neuen Gymnasiums zeitigte eine längere Debatte. Das Resultat der ganzen Debatte war ein Beschluß, in der nächsten Sitzung eine Kommission zu wählen, die sich mit der Sache weiter beschäftigt und die Verpflanzung von Gymnasien der Umgegend vornimmt.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung betraf die Beschlussfassung über Grundstücke bei Vergebung von Leistungen und Lieferungen, von Bewerbungsbedingungen und Vertragsbedingungen betr. die Ausführung von Leistungen und Lieferungen, insbesondere Bauten, für die Gemeinde Romawes. Die vorgelegten Entwürfe wurden debattelos genehmigt.

Aus den Bestimmungen verdient erwähnt zu werden, daß an Generalunternehmer sowie an Firmen, die für sich in Strafanstalten arbeiten lassen, Arbeiten möglichst nicht vergeben werden. Den Zuschlag erhält das annehmbarste Gebot. Bei gleichen Preisen entscheidet das Los. In Kommissionsverhandlungen über Vergebung von Leistungen und Lieferungen dürfen Kommissionsmitglieder, die sich um Lieferungen usw. bewerben, nicht teilnehmen. Ebenso dürfen Kommissionsmitglieder, die an den Verhandlungen bereits teilgenommen haben, um Leistungen oder Lieferungen sich nicht bewerben noch sonst irgendwie beteiligen. Die Bewerber erkennen mit ihrem Angebot die von den in der Gemeinde bestehenden Tarifgemeinschaften vereinbarten Lohnsätze und Arbeitsbedingungen, sowie die Schiedsgerichte dieser Gemeinschaften für Lohnstreitigkeiten an. Bei nicht vertragsmäßiger Vollenbungsfrist einzelner Arbeiten bleibt es dem Gemeindevorsteher vorbehalten, eine angemessene Verlängerung der Frist zu bewilligen. Bei Ausbruch eines Generalstreiks hat der Gemeindevorstand die Wahl, entweder die Fortsetzung der Arbeiten zu verlangen oder die Vollenbungsfrist zu verlängern. Der Unternehmer hat jederzeit auf Erfordern Auskunft zu erteilen über die mit seinen Handwerkern und Arbeitern abgeschlossenen Verträge. Kommt ein Unternehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den Handwerkern und Arbeitern nicht nach, so ist der Gemeindevorstand berechtigt, die von dem Unternehmer geschuldeten Beträge für dessen Rechnung unmittelbar an die Empfängerberechtigten zu zahlen. Der Unternehmer oder dessen Stellvertreter muß sich auf Verlangen des Gemeindevorstandes auf der Baustelle einfinden, so oft es nach Ermessen des letzteren notwendig ist. Die auf dem Bau beschäftigten Angestellten und Arbeiter des Unternehmers sind bezüglich der Bauausführung, der Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bauplatz den Anordnungen des Gemeindevorstandes beziehungsweise dessen Stellvertreter unterworfen. Im Falle des Ungehorsams kann sofortige Entfernung von der Baustelle verlangt werden.

Spandau.

In voriger Woche fand im Lokale des Genossen Böhle eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre statt, in welcher Genosse Ritter-Vorlin über „Konsumgenossenschaft und Arbeiterbewegung“ sprach. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall entgegengenommen. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution einstimmig angenommen, wonach sich die anwesenden Funktionäre verpflichten, energisch in eine Agitation für den am Orte bestehenden Konsumverein „Merkur“ einzutreten. Die Versammelten wählten eine fünfgliedrige Kommission, die die weitere Agitation für die Genossenschaftsbewegung zu betreiben hat. In die Kommission wurden die Genossen Ritzmann, Hornig, Wuffe, Sieck und Born gewählt. Nicht vertreten waren in der Sitzung die Wötcher, Brauer, Gemeindegewerkschafter, Holzarbeiter, Maurer, Schmiedler und Töpfer.

Sämtlichen Delegierten zum Unterrichtskursus des Bildungsausschusses zur Mitteilung, daß am Mittwoch, den 17. März, abends 8 Uhr, bei Schräger eine Sitzung stattfindet. Die Legitimationskarten sind mitzubringen. Der Bildungsausschuss.

Vermischtes.

Schiffskatastrophe.

Der norwegische Dampfer „Masco“ ist am Sonnabend auf der Fahrt von Rotterdam nach South Shields zwangig Meilen westlich vom Feuerschiff „Maas“ mit dem deutschen Vollschiff „Margaretha“ das sich auf der Fahrt von Zauque nach Hamburg befand, zusammengestoßen, wobei die „Margaretha“ zum Sinken gebracht wurde. Die Besatzung der „Margaretha“ ist bis auf wenige umgelenken. „Masco“ hat nur unbedeutende Beschädigungen erlitten.

Nach einer Meldung aus Lodekoff ist an der englischen Küste gestern ein Fischerboot eingetroffen, an dessen Bord sich neun Ueberlebende von dem nach einem Zusammenstoß mit dem norwegischen Dampfer „Masco“ gesunkenen deutschen Vollschiff „Margaretha“ befanden.

Bergmannstod. Auf Jecher Erin bei Castrop wurden, wie aus Dortmund berichtet wird, zwei Bergleute getötet, indem sie einen Pfeiler hinabstürzten. Die Leichen konnten bereits geborgen werden.

Eine in Gefahr schwebende Jecher. Aus Essen a. R. wird berichtet: Infolge einer telegraphischen Benachrichtigung, daß in der Grube Bliesebach ein Grubenbrand ausgebrochen sei, wurden durch Vermittelung des Bergbauvereins Rettungsmannschaften der Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft und der Gesellschaft Siberia ersucht, sofort Hilfe zu leisten. Diese sind sogleich abgegangen und kurze Zeit nach der Benachrichtigung eingetroffen. Infolgedessen gelang es, die in großer Gefahr schwebende Jecher vor dem völligen Erläusen zu retten.

Der Bergbauische Verein ergänzt die Meldung über die Jecher Bliesebach dahin, daß durch den auf Bliesebach ausgebrochenen Brand die Bedienungsmannschaft der Wasserhaltungsmaschinen infolge der Dämpfe zum Rückzug gezwungen wurde. Durch das rechtzeitige Eintreffen der Rettungsmannschaften gelang es, die Gase zu beseitigen, jedoch der Betrieb der Maschine wieder aufgenommen werden konnte. Wenn der Betrieb der Wasserhaltungsmaschinen noch ein Stunde länger hätte ausgehört bleiben müssen, wäre die Jecher infolge des Wassereindrangs erloschen.

Madame Steinhell angeklagt.

Wie aus Paris gemeldet wird, ist die Untersuchung über die Angelegenheit der Witwe Steinhell beendet. Der Untersuchungsrichter teilte der Witwe mit, daß die Untersuchung genügend Verdachtsmomente gegen sie ergeben habe, um sie unter Anklage stellen zu können, mit Vorbehalt ihren Gatten und ihre Mutter getötet zu haben. Der Untersuchungsrichter legte der Angeklagten alle diesbezüglichen Punkte auseinander. Die Witwe Steinhell erhob energisch Widerspruch gegen diese Behauptung. Die Akten des Untersuchungsrichters werden der Anklagekammer nunmehr zur Prüfung unterbreitet werden. Frau Steinhell ist nach dem St. Lazarus-Gefängnis zurückgebracht worden und wird dies nur verlassen, um als Hauptangeklagte vor dem Schwurgericht zu erscheinen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Freyer, Koppenstraße 20:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Einkommensteuergesetz“.
2. Die weiteren Verhandlungen vor dem Einigungsamt und der Schiedsgericht.

Jede Werkstatt muß vertreten sein. — Mitgliedsbuch nebst Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maschinenarbeiter. Achtung!

Montag, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal IV):

Branchen-Versammlung.

Näheres Sonntagblätter.

Die Branchenkommission.

Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Berlin II.

Mittwoch, den 17. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal VIII):

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Referent Genosse Decker.
 2. Wahl der Sektionsleitung. 3. Gewerkschaftliches.
- Da diese Versammlung die letzte unter dem alten System ist und wichtige Angelegenheiten besprochen werden müssen, so ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Michaelstraße 1, part. Filiale Berlin I. Tel.: A. IV, 9897.

Achtung! Achtung!

Kostümschneider u. Schneiderinnen

Dienstag, den 16. März, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15:

Versammlung

Tages-Ordnung:

Die Antwort der Arbeitgeber auf unsere Forderungen und unsere Stellung hierzu. Referent: Kollege Kunze.

Der wichtigen, in dieser Versammlung stattfindenden Beschlussfassung wegen ist vorzügliches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Zwei Mitglieder-Versammlungen

Mittwoch, den 17. März 1909, abends 8 Uhr:

für die Gruppe

der Zementierer, Einschaler u. Hilfsarbeiter

im Lokale „Lebensquelle“, Kommandantenstraße 20.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Konferenz der Betonbaubranche am 5. und 6. April. Referent Kollege O. Haese.
2. Wahl der Delegierten.
3. Verschiedenes.

Gruppe Rabitzspanner bei Jannaschk, Inselstraße 10.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag.
2. Diskussion.
3. Gruppenangelegenheiten.

Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder der beiden Gruppen unbedingt erforderlich.

Die Gruppenvorstände.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Schöneberg.

Mittwoch, den 17. März 1909, abends 8 Uhr:

Oeffentliche Agitations-Versammlung

in den „Neuen Rathausgassen“, Reiningersstr. 8.

Tages-Ordnung:

Wer schützt die Interessen der Holzarbeiter? Referent: Kollege Becker vom Zentralvorstand.

Zu dieser Versammlung sind alle in Schöneberg und Wilmersdorf wohnenden Holzarbeiter aller Branchen eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Ortsverwaltung Berlin.

Geschäftsstelle Berlin O. 54, Malackstr. 10, I. — Fernsprecher Amt III, 4519.

Donnerstag, den 18. März cr., abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

aller Gruppen

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung:

1. Der mit den übrigen in den Brauereien Berlins und Umgegend vertretenen Organisationen abgeschlossene Kartellvertrag.
2. Organisationsangelegenheiten.

Kollegen! In dieser Versammlung soll eine für unsere Organisation hochwichtige Entscheidung getroffen werden, darum, Kollegen, erscheint Mann für Mann in dieser Versammlung.

Kollegen! Agitiert für Massendruck dieser Versammlung.

Die Ortsverwaltung.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 16. März cr., abends 8 Uhr:

5 große Volksversammlungen

in den Lokalen:

Boeker, Weberstr. 17. Litlin, Memeler Str. 67.
Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain.
Sanssouci, Kottbusser Str. 6. Urania, Wrangelstr. 10.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Märzgedanken.
2. Diskussion.

Referenten sind die Reichstags-Abgeordneten Genossen Albrecht-Kolbe-Weserleben, Emmel-Wahlhausen, Eichhorn-Durlach-Pforzheim, Hildenbrand-Stuttgart, Lehmann-Biesbaden. Der Einberufer: Paul Hoffmann, Eppelner Str. 47.

6. Wahlkreis.

Dienstag, den 16. März 1909, abends 8 1/2 Uhr:

Sieben öffentl. politische Versammlungen:

Arndts Festsäle, Hefortter Straße 15. Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23/24
F. Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188. Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Straße 12.
Gebr. Cranz' Festsäle, Kösliner Str. 8. Berliner Bock-Brauerei (Abteil. II) Chausseestraße 64.
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.

Tages-Ordnung:

„Die Frau im politischen Kampfe.“

Freie Diskussion.

Referentinnen: Regina Friedländer, Agnes Fahrwald, Martha Jeeze, Anna Kiesel-Mesch, Berta Lungwitz, Mathilde Warm, Luise Zietz.

Für die Einberufer: Th. Fischer, Radenstraße 6.

Deutscher Kürschner-Verband

Filiale Berlin.

Bureau u. Arbeitsnachweis: Barnimstraße 21, vorn part. Tel.: Amt VII 6739.

Mittwoch, den 17. März 1909, abends 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Alten Schützenhause, Linienstr. 6.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin Gertrud Hanna über: „Die Arbeiterklasse im Kampfe ums Dasein“.
2. Diskussion.
3. Gewerkschaftliches.
4. Verschiedenes.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

102/4



Tausendfach bewährte Nahrung bei:
Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.

Schutzmarke

Unsere echten Biere sind überall zu haben. In Flaschen à 10 Pf. In Kannen u. Syphons Lit. 35 Pf. NO. 15. Tel. VII, 1070, 2088, 3128.

BÖHMISCHES BRAUHAUS

Cigarettensteuer-Zeichen bieten an sich keinerlei Gewähr dafür, dass die Qualität der Cigaretten dem Preis der Banderole entspricht.

Wenn Sie **JOSETTI VERA** CIGARETTEN kaufen, bürgt Ihnen aber der Name „Josetti“ dafür, dass Sie die preiswürdigsten und besten 3 Pfg. Cigaretten erhalten.

Josetti Vera m. u. o. M. 10 Stück 30 Pfg.

Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlin.

Am Freitag, den 19. März cr., abends 8 Uhr, bei Dalg, Stalfer Straße 51/52: Außerordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
Wahl der Delegierten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Die Wahl findet in getrennter Weise statt.
Für Arbeitgeber von 8—1/2, für Arbeitnehmer von 1/2—10.
Delegierte für Arbeitnehmer sind 108 zu wählen.
Hornemann, 1. Vorsitzender.

Wir offerieren unseren Lesern eine Anzahl

Bücher

zu billigen Preisen:

- Jaana und Flora des Meeres. Von Dr. Friedrich Krauer.
Von der Erdatmosphäre zum Himmelsraum. Von Prof. Dr. Wilhelm Forster.
Was wir vom Monde wissen. Von H. Jaulh.
Ban und Leben der Blüte. Von Oskar Rege.
Jeder Band statt 1,50 M. nur 60 Pf.
Der Jude. Historischer Roman von E. Spindler.
Das Halbband der Königin. Roman von Alexander Dumas.
Die Armen und Glenden. Roman von Gifford Hugo.
Die Röhlfauer von Paris. Roman von Alexander Dumas.
Die Nonne von Gnadenzell. Stittgenmäde des 15. Jahrhunderts von E. Spindler.
Krieg und Frieden. Historischer Roman von Leo Tolstoj.

Jeder Band

groß. 90 Pf., geb. 1.30 M.

- Bagabunden. Von Hans Oskold. Preis 1,20 M.
Der Giftändler. Roman von Georges Dognet. Preis 1,20 M.
Die Geschichte Opias nach dem Frieden von Schimonoseki. Von B. Gauderon-Kanot. Reich illustriert, gut gebunden. Preis statt 5 M. nur 1 M.

Expedition des „Vorwärts“ Berlin SW., Lindenstraße 69, Laden.

H. Pfau, Bandagist Berlin Direksenstraße 20 C., zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Volksteatradium. — Amt VII, 13799. Für Damen weibliche Bedienung. Referant für alle Krankenkassen.

Steppdecken Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin, Oranienstr. 158

Inventur-Extrapreise!

Similseide in den Farb. rot. 4,85 6,75 blau, oliv.

Wollatlas rot . . . 6,35 7,50

Bunte Normal-Schlafdecken 105 2,50 3,50

Wolldecken extra d. 3,00 4,00

Inventur-Extraliste

billiger Sonderangebote

gratis u. franko.



Drei Vorzüge

MAGGI'S Suppen-Würfel mit dem Kreuzstern

1. Große Ausgiebigkeit und Billigkeit.
2. Kurze Kochzeit und bequemste Zubereitung.
3. Jede Sorte hat den ihr eigenen, natürlichen Wohlgeschmack.

Man verlange ausdrücklich MAGGI'S Suppen.

MAGGI'S gute, appetitliche Küche

